



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Inklusion als Chance

Die Ausweitung der individuellen Förderung im differenzierten Schulwesen hat Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle bei der jüngsten Tagung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München (Leitung: KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle) als ein zentrales Ziel bayerischer Bildungspolitik bezeichnet. In den Jahren 2011 und 2012 stünden dabei die Sicherung und der Ausbau von Ganztagsangeboten und ein deutliches Vorankommen zu mehr gemeinsamem Unterricht von jungen Menschen mit und ohne Behinderung im Mittelpunkt.

Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung soll in Bayern „Schule machen“. Ein gemeinsamer Gesetzentwurf aller fünf Fraktionen des Bayerischen Landtags sieht Spaenle zufolge vor, dass künftig alle Kinder einen grundsätzlich gleichberechtigten Zugang zur allgemeinen Schule haben. Eltern können damit selbst entscheiden, ob ihr Kind die Regelschule oder Förderschule besucht.

Förderbedarf

Ausschlaggebend ist für sie der ganz individuelle Förderbedarf des jeweiligen Kindes. Viele Eltern wünschen sich den Erhalt der Förderschulen für ihr Kind, weil sie hier die bestmögliche Förderung erwarten. Auch nach Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

bleiben sie als alternative Lernorte für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und als Kompetenzzentren erhalten.

Die Zusammenarbeit und das Engagement aller Beteiligten nannte der Minister einen „politischen Segen“. Es sei beispielhaft, wie Parlamentarier die Grenzen zwischen den Parteien überwinden und sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und der Verantwortung für jungen Menschen mit Behinderung stellen. Statt Trennendes zu betonen, seien die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt worden.

Bayern nimmt mit diesem Gesetzentwurf bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Das Gesetz, das „in-

siven Unterricht als Aufgabe aller Schulen“ verankert, soll bis zur Sommerpause verabschiedet und mit dem neuen Schuljahr 2011/2012 in Kraft treten. Schon bald soll es dann erste „Leucht-



Dr. Ludwig Spaenle.

turm-Projekte“ in Sachen Inklusion an Schulen geben.

Die seit März 2009 in Deutschland geltende UN-Behindertenrechtskonvention hat das Ziel, die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung zu fördern und ihre Diskriminierung in der Gesellschaft zu unterbinden.

Im Bildungsbereich verpflichtet die Konvention die Vertragsstaaten, einen gemeinsamen Unterricht von allen Schülern mit

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Gemeindetag:

Wer zahlt die Zeche?

Mit Blick auf das neue Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung hat Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl Bereitschaft von Seiten der Gemeinden und Städte signalisiert. Das neue Energiekonzept werde aber scheitern, „wenn die Gemeinden nicht umfassend eingebunden werden“, stellte der Verbandschef in München klar.

Beim Umstieg von Kernenergie auf erneuerbare Energien soll ein möglichst hoher Anteil der Wertschöpfung in Bayern erfolgen. „Wir finden es richtig, die Wertschöpfung im Energiebereich durch Ausbau des Anteils von Anlagen erneuerbarer Energie auf gut 50 Prozent des bayerischen Strombedarfs und zusätzliche Gaskraftwerke in Bayern zu halten. Dies sollte zu einer wirtschaftlichen Stärkung des ländlichen Raums führen.“ Brandl begrüßte auch den Vorschlag, den Gemeinden die Entscheidungshoheit über den örtlichen Erzeugungsmix durch Aufstellung von Energieleitplänen zu geben.

Da im Energiekonzept der

Staatsregierung Entlastungen für die stromintensive Wirtschaft angekündigt sind, sei allerdings zu befürchten, dass Privatverbraucher, Kommunen und Mittelstand die Zeche zahlen könnten. Brandl zufolge muss dies unbedingt verhindert werden. Er forderte deshalb statt bloßer abstrakter Aussagen zu erforderlichen Investitionssummen konkrete Hochrechnungen zu den zu erwartenden Gesteigungskosten bzw. zum EEG-Zuschlag im Zieljahr 2021. Dazu gehöre eine Hochrechnung der Steigerung der Netznutzungsentgelte aufgrund der erforderlichen Baumaßnahmen im Übertragungs- und Verteilnetz. „Erforderlich sei

jetzt zudem eine Debatte darüber, wie die EEG-Vergütungen möglichst nicht nur einzelnen Privatunternehmen zufließen.

Mit Blick auf den Entwurf eines Netzausbaubeschleunigungsgesetzes der Bundesregierung meinte der Präsident: „Die Leitungsprämien von bis zu 40.000 Euro pro Trassenkilometer, die betroffenen Gemeinden ausbezahlt werden sollen, sind ein richtiger Grundansatz. Nichtsdestoweniger sollte die Entscheidung über den Leitungsausbau in bayerischer Hand bleiben. Bundesplanfeststellungsbehörden lehnen wir ab.“ Zustimmung signalisierte er zu den Ansätzen zur Förderung der Energieeinsparung und der Energieeffizienz, insbesondere zum Wiederaufleben des Investitionspakts und den Zinsvergünstigungen für Umrüstungen bei der Straßenbeleuchtung.

Appell zeigt Wirkung

Begrüßt wird vom Gemeindetag auch der Bundesratsbeschluss zum Feuerwehr-Führerschein für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen. Seit Jahren, so Brandl, kämpfe sein Verband dafür, das Straßenverkehrsgesetz entsprechend zu ändern; der Appell habe nunmehr Wirkung gezeigt. Jetzt gehe es darum, eine unbürokratische und kostengünstige Lösung für die Feuerwehren und anderen Hilfsdienste zu finden: „Wir erwarten, dass der Bund dem Freistaat eine Ermächtigung für großzügige Ausnahmen gibt und das Bayerische Innenministerium schnell eine entsprechende Verordnung auf den Weg bringt.“ DK

Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

Reise zum Aufschwung

Bereits zum 9. Mal veranstaltete der Sparkassenverband Bayern im Nürnberger Messzentrum seine Unternehmerkonferenz. Unter dem Motto „Stark im Aufschwung – Chancen nutzen, Wachstum sichern“ zeigten die bayerischen Sparkassen vor über 1000 Gästen Wege für Unternehmer und Kommunen, um den Auftrieb in der Wirtschaft zu nutzen.

In über 30 Fachvorträgen konnten sich die Teilnehmer aus einem breiten Themenspektrum ihr Programm zusammenstellen. Neben klassischen Themen zu Finanzierung, Liquiditätssicherung, Förderangeboten oder Management wurden auch wieder maßgeschneiderte Vorträge für Kommunen im Forum „Konzern Kommune“ ins Programm genommen. Konkret wurden die Themen aktives Zins- und

Schuldenmanagement, regionaler Klimaschutz, effizientes Energiemanagement, Stadtentwicklung, die Finanzierung von Infrastrukturprojekten und Stiftungen angesprochen.

Eingebettet in die eintägige Unternehmerkonferenz war die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises 2011. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer in Bayern wird für besondere und herausragende Erfolge beim Auf-

bau und Erhalt von Unternehmen verliehen.

In der Kategorie „Konzept“ ging der Preis an die Oberpfälzer Firma „Roding Automobile GmbH“ für die Entwicklung eines außergewöhnlichen Sportfahrzeuges, das sich der modernen Leichtbauweise verschrieben hat.

Als bestes „Startup“-Unternehmen wurde die „GP Joule GmbH“ aus Buttenwiesen ausgezeichnet. Das junge Unternehmen hat sich im Bereich der erneuerbaren Energiegewinnung spezialisiert.

Zwei Preise für Aufsteiger

In diesem Jahr wurden zwei „Aufsteiger“ ausgezeichnet. Die Firma „BayPack GmbH“ aus Türkheim beschäftigt sich mit der Entwicklung, der Herstellung und dem Vertrieb von Verpackungen aus Vollpappe. Das zweite Unternehmen ist die „Irlbacher Blickpunkt Glas GmbH“, das weltweit tätige Unternehmen (Fortsetzung auf Seite 4)

Vormerken!
 30. Juni
 2011

Power für Bayerns Kommunen

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr denn je ist es wichtig, über Fragen der kommunalen Energiepolitik umfangreich informiert zu werden. Am 30. Juni 2011 ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für kommunale Entscheider und Behördenvertreter. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energiebranche. Bitte merken Sie den Termin vor.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Verleihung des Bayerischen Gründerpreises (v. l.): Dr. Ralph Dengler, BayPack GmbH; Andreas Trzcinski, wabe e.V.; Peter Liebert, Geschäftsführer Privatbrauerei Erdinger Weissbräu; Heinrich Gärtner und Ove Petersen, GP Joule GmbH; Christine Bruchmann, Moritz Fürst GmbH & Co. KG; SVB-Vizepräsident Prof. Rudolf Faltermeier; Stephan Wulf, Langmatz GmbH; Josef Irlbacher, Irlbacher Blickpunkt Glas GmbH und Robert Maier, Roding Automobile GmbH.



Mit dem bisherigen Krisenmanagement und den Leistungen der Ärzte und Forscher in Sachen EHEC kann man laut Vorzimmerperle doch mehr als zufrieden sein. Was in kurzer Zeit seit dem Auftreten über das Bakterium herausgefunden wurde, und wie der Kampf um die Patienten geführt wird, sei anerkennenswert. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Spielhallenflut eindämmen	Seite 2
Museumstag: „Museen, unser Gedächtnis“	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Inklusion: Das Kind im Mittelpunkt	3
Ländlicher Raum: Gute Luft allein reicht nicht aus	4
GZ-Fachthemen:	
EDV · Organisations- und Kommunikationstechnik	5
Kommunaler Bau	6-7
Wasser · Abwasser	8
Kommunalfahrzeuge	9-10
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Diskussion um Atomausstieg:

Belastung für Koalition

Seehofer und Zeil äußern sich kontrovers, wollen aber weiter regieren

Die Berliner Einigung zwischen Union und FDP über einen deutschen Atomausstieg bis spätestens 2022 hat in München die Koalition von CSU und FDP in eine Krise gestürzt. Während Ministerpräsident Horst Seehofer gehofft hatte, mit dem Partner zumindest ein Stillhalteabkommen im Sinne seines Konzepts zu erreichen, nachdem auch die FDP-Landesvorsitzende, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Ja gesagt hatte, blieb sein Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil, gestützt auf die FDP-Landtagsfraktion beim Nein. Die Terminsetzung sei ein Risiko für Stromversorgung, Wirtschaft und Energiepreise. Gleichwohl wollen beide gemeinsam bis 2013 weiter regieren.

Ein Risiko könne er nicht erkennen, sagte der Ministerpräsident nach der Kabinettsitzung in der Staatskanzlei. Die FDP stelle Parteiinteressen über das Wohl des Landes. Er könne nur vermuten, dass Eigeninteressen oder solche der Partei eine größere Rolle gespielt haben als bayerische Anliegen. Seehofer, der ausdrücklich auch als CSU-Vorsitzender Stellung nahm, kündigte an, die Umsetzung des Energiekonzepts (Abschaltung des letzten Atomkraftwerks 2022 und bis dahin 50%ige Versorgung Bayerns mit umweltfreundlicher Energie) zur Chefsache zu machen und alle Maßnahmen selbst zu koordinieren. Er zeigte sich in engem Schulterschluss mit Umweltminister Markus Söder.

Der für Energie ressortmäßig zuständige Wirtschaftsminister Zeil kontierte, es gehe Seehofer wohl eher darum die gegensätzlichen Ansichten in der CSU auszuschalten - Wirtschaftsausschussvorsitzender Erwin Huber hatte gewarnt, die CSU grün zu lackieren. Zeil stellte mit Bedauern fest, wichtige Interessen des Industriestandorts Bayern und seiner Arbeitnehmer seien zugunsten eines vagen Konsenses mit der Opposi-

tion zurückgestellt worden. Seine oberste Priorität sei und bleibe die Versorgungssicherheit der bayerischen Industrie, des Mittelstandes und vieler kleiner Betriebe. Natürlich werde er an der Umsetzung der Beschlüsse arbeiten, vor allem was den Ausbau der alternativen Energieformen betreffe. FDP-Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker stellte sich unverändert voll hinter den Wirtschaftsminister.

Kritik aus Opposition

Die SPD-Landtagsfraktion, auf die Seehofer zugehen wollte (s. GZ 11/26.05.2011), erachtet den „Rosenkrieg“ der Koalitionspartner als eine Zumutung für Land und Bürger. Fraktionschef Markus Rinderspacher hielt sie für handlungsunfähig und gestaltungsunwillig. Reinhold Strobl konkretisierte, wenn es der Staatsregierung mit dem Atomausstieg ernst sei, müsse er auch im Landesentwicklungsprogramm verankert werden. Nur dann werde das LEP zum verbindlichen Maßstab für Raumordnungsverfahren und landesplanerische Schritte. Zur Finanzierung fordert die Fraktion eine Milliarde Euro bereits im Nachtragsetat 2012, der

im Herbst im Landtag eingebracht wird. Die Fraktion hat den Ausstieg auf 2020 oder früher terminiert.

Fortschritt

Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause und Landesvorsitzender Dieter Janeczek erklärten, der Beschluss von Schwarz-Gelb lasse mehr Fragen offen, als er beantworte. Es sei zwar ein Fortschritt, dass sich nun alle Parteien zum Atomausstieg bekennen, aber Union und FDP blieben weit hinter dem zurück, was technisch, ökonomisch und umweltpolitisch machbar und nach Fukushima geboten sei. Die Empfehlungen der Ethik-Kommission seien verwässert worden. Die Grünen blieben beim Termin 2017. Ihr Antrag „Atomausstieg jetzt“ mit genauen Terminen für die Abschaltung der fünf AKW's in Bayern hatte im Plenum zu heftigen Auseinandersetzungen und zunächst ohne förmliche Entscheidung zur Ablehnung durch die Koalition geführt. Die Freien Wähler wollen den Ausstieg so früh als möglich, spätestens 2020.

Die Forderung, auch in Bayern nach einem Standort für ein Atommüllendlager zu forschen, fand im Interesse der gesamtdeutschen Verantwortung auch Seehofers Zustimmung. Umweltminister Söder schränkte so gleich ein, die geologischen Voraussetzungen dafür gebe es in Bayern nicht. **rm**

Spielhallenflut eindämmen

Kommunen sollen rechtliche Handhabungen bekommen

Im Landtag verstärken sich die Bemühungen, die Spielhallenflut einzudämmen und den Kommunen die gesetzliche Rückenbedeckung dafür zu geben. Der Schutz der Menschen müsse hier der Gewerbefreiheit vorgehen, erklärte die SPD-Abgeordnete Helga Schmitt-Bussinger. Bund und Land müssten alsbald die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass die Städte und Gemeinden bessere Möglichkeiten bekommen, mit Hilfe eigener Verordnungen einzudämmen. Die SPD-Innenexpertin bezog sich dabei auf Tendenzen auch in den Regierungsfractionen CSU und FDP, ebenso in der Staatsregierung. Aktuell ist die Sache, da demnächst ein neuer Glücksspielstaatsvertrag der Länder abgeschlossen werden soll.

Zusammen mit ihrem Fraktionskollegen und ehemaligen OB von Straubing, Reinhold Perlak, leitete Schmitt-Bussinger eine Anhörung im Maximilianeum. Andreas Czerny, der Geschäftsführer der Landesstelle Glücksspielsucht, berichtete, es gab in Bayern letztes Jahr 1540 Spielhallenkonzessionen an 896 Standorten, Tendenz steigend. Das bedeute etwa 44.000 krankhafte Glücksspieler mit einem Schuldenberg von durchschnittlich 35.000 Euro pro Spieler. Dazu müsse man mit jeweils 14 bis 15 Personen im Umfeld rechnen, die auf längere Sicht vom sozialen Niedergang mit betroffen werden. Dazu komme die Veränderung ganzer Stadt- und Gemeindeteile. Es müssten unverzüglich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Kommunen Mehrfachkonzessionen verbieten, die nächtlichen Sperrzeiten verlängern und ein Werbeverbot erlassen können.

Las-Vegas-Charakter

Die fachlich zuständigen Stadträte Dr. Josef Assal (München) und Gerald Raschke (Nürnberg) sowie Josef Weber, der Leiter des Stadtplanungsamtes der Frankfurter Metropole bestätigten, aus Wohnvierteln würden langsam Bezirke mit Las-Vegas-Charakter. Nach der Baunutzungsverordnung sei gegen diese Veränderung wenig zu machen. Spielhallen würden als Vergnügungshallen eingestuft. Stadträte und Abgeordnete waren sich ferner einig, solche Vergnügungszentren nicht nur mit Bau- und Brandschutz- oder Hygienevorschriften zu zügeln, sondern auch mit einer Kommunalabgabe zu

Gemeinden hoffen auf Landesentwicklungsprogramm

Expertenanhörung bestätigt die Ablehnung der Zukunftsratsexpertise durch Kommunen und Wirtschaft

Unmut und Sorge um „Entwicklung und Zukunft struktur-schwacher ländlicher Räume in Bayern“ halten an. Das wurde in einer Expertenanhörung im Wirtschaftsausschuss des Landtags von Kommunal- und Wirtschaftssprechern wie auch von wissenschaftlicher Seite klar ausgedrückt. Trotz der Zusicherungen von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), städtische Ballungszentren und von Wachstumsschwäche bedrohte Regionen auszugleichen zu fördern, bleibt es dabei: Vom Verkehr über kommunale Einrichtungen und Schulen bis zu Arbeitsplätzen sowie Breitbandversorgung und nicht zuletzt beim Finanzausgleich stehen die Probleme. Hoffnung und Forderung konzentrieren sich auf die Novellierung des Landesentwicklungsprogramms. Einen ersten Entwurf will die Staatsregierung noch vor der Sommerpause vorlegen.

Im Wirtschaftsausschuss forderten Kommunen, Gewerbe und Wissenschaft vor dem Hintergrund der auf die Ballungszentren ausgerichteten Expertise des vom Kabinett beauftragten Zukunftsrates, staatliche Fördermittel nicht nur in die wachsenden Ballungsgebiete (der Zukunftsrat konzentriert sich auf sechs Leistungszentren), sondern auch in die schrumpfenden Randgebiete zu lenken. Der Präsident des Landkreistags Jakob Kreidl und Gemeindegatsvize Josef Mend brachten erneut die Sorgen und Forderungen für eine Stärkung des ländlichen Raumes zum Ausdruck. Es gehe um die Infrastruktur bei vielen Baustellen. „Wir

kämpfen um das Überleben unserer Gemeinden“, betonte Mend. Kreidl forderte die Staatsregierung auf, die begonnene Verlegung staatlicher Arbeitsplätze auf ländliche Gebiete auszudehnen. Die Forderung, den Finanzausgleich nicht auf die Einwohnerzahlen aufzubauen, so dass ein Münchner siebenmal mehr zähle als einer aus einem Dorf, wird vom Städtetag indessen nicht unterstützt. Innenminister Joachim Herrmann und Finanzminister Georg Fahrenschon hatten zuvor im Plenum angekündigt, sinkende Einwohnerzahlen künftig bei Zuschüssen länger unberücksichtigt zu lassen (s. GZ 11/26.05.2011), um Kommunen mit Einwohner-schwund zu helfen.

Kritik der Experten gab es auch in Sachen Breitbandversorgung. Entgegen der Mitteilungen des Wirtschaftsministers, das laufe hervorragend mit staatlichen Zuschüssen von bis zu 100.000 Euro bei maximalem Fördersatz von 70% pro Projekt, stellten Kreidl und Mend fest, in der Versorgung mit den für die Wirtschaft lebenswichtigen höheren Sendefrequenzen liege Bayern deutlich zurück. Der FDP-Abgeordnete Dr. Franz Xaver Kirschner wandte ein, wenn Gemeinden eine schnelle Internet-

verbindung über Funk bekommen sollen, dürften die Kommunalpolitiker auch „keine Demos“ gegen entsprechende Einrichtungen organisieren. Für die Wirtschaft betonten Handwerkspräsident Franz Prebeck und Hauptgeschäftsführer Anton Hinterdobler von der Kammer Niederbayern/Oberpfalz, die zentrale Bedeutung des ländlichen Raumes für den Mittelstand. Breitbandversorgung gehöre zur vom Staat zu garantierenden Daseinsfürsorge.

Trend zur Urbanisierung

Prof. Herbert Henzler, der Vorsitzende des Zukunftsrates, hatte da einen schweren Stand. „Megatrends“ wie der zunehmenden Urbanisierung könne sich auch Bayern nicht entziehen. Arbeitsplätze ließen sich nun mal auf dem Land nicht so einfach aus dem Boden stampfen. Man müsse auf die Ausstrahlung der Entwicklungszentren setzen. In weitgehender Übereinstimmung mit den Kritikern, was die ländliche Infrastruktur betrifft, befand er, es gebe bei Breitband, Straßen und Bahnbindung „dramatische Rückstände“.

Die Opposition sah sich vom Präsidenten der Akademie Ländlicher Raum, Prof. Holger Magel, bestätigt, der eine mangelnde Zusammenarbeit der Ministerien gerügt hatte. Annette Karl (SPD) resümierte, die Forderung nach Förderung dieser Landesteile sei voll bestätigt worden. Ausschussvorsitzender Erwin Huber (CSU) war zwar mit der von den Abgeordneten aller Fraktionen geäußerten Skepsis an der Expertise des Zukunftsrates einig, konzidierte aber, er habe erreicht „dass der Ländliche Raum richtig aufgewacht“ sei. **rm**

Aller Ehren wert!

GZ-Interview mit Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern

GZ: „Aller Ehren wert!“ – so heißt die zentrale Spendenaktion der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Welche Philosophie steckt dahinter?

Götzl: Die EU-Kommission hat 2011 zum Jahr der Freiwilligentätigkeit ausgerufen. Sie möchte damit die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helfer honorieren, deren Leistung stärker anerkannt und die Öffentlichkeit über die Bedeutung des Ehrenamts aufklären. Das Gedenkjahr haben wir zum Anlass genommen, um bürgerschaftliches Engagement in den Mittelpunkt unserer diesjährigen Spendenaktion zu stellen. Ver-eine, gesellschaftlich tätige Einrichtungen und Bürgerinitiativen in Bayern können sich mit einem Sozialprojekt bewerben. Dafür nehmen wir insgesamt 10 mal 10.000 Euro in die Hand. Denn zu helfen, wenn andere Hilfe brauchen, ist „aller Ehren wert“.

GZ: Welche Bedeutung hat bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt für die heutige Gesellschaft?

Götzl: Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die sich verpflichtet fühlen, die gesellschaftliche Herausforderungen aufzugreifen und die anpacken wollen. Egal, ob Engagierte unentgeltlich in der Altenpflege tätig sind, sich in ihrer Freizeit um Bedürftige kümmern, sich für Kinder stark machen oder im Gemeinderat Bürgerinteressen vertreten: Sobald Menschen sich für andere einsetzen, wird die Welt ein Stück lebenswerter. Mehr als 3,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Bayern engagieren sich ehrenamtlich. Sie sind damit eine

unverzichtbare Größe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein solidarisches Miteinander. Ohne dieses Engagement würde heute keine Kommune mehr funktionieren. Und dieses Engagement gewinnt immer mehr an Bedeutung. Denn die Politik zieht sich weiter aus öffentlichen Aufgaben zurück: Der Sozialstaat stößt an finanzielle Grenzen, nicht zuletzt durch den demografischen Wandel. Insbesondere im ländlichen Raum trägt das Ehrenamt so wesentlich zu einem attraktiven Lebensumfeld bei.

GZ: Herr Götzl, weshalb ist es so wichtig, dass auch Unternehmen wie die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sich im gesellschaftlichen Bereich engagieren?

Götzl: Für ein vertrauensvolles Miteinander und eine lebendige Gesellschaft ist es notwendig, dass alle mithelfen: Der Einzelne, die Gemeinden und Städte, die Vereine aber eben auch die Wirtschaft. Und die Genossenschaftsbanken nehmen ihre gesellschaftliche Verpflichtung aus guter Tradition sehr ernst: Seit 160 Jahren sind sie in den Regionen verwurzelt, kümmern sich um die Menschen vor Ort, fördern Vereine und gemeinnützige Einrichtungen in ihrem Geschäftsgebiet und unterstützen so den Dienst am Nächsten. Gemäß dem genossenschaftlichen Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ übernehmen sie damit soziale Verantwortung in Bayern und leisten einen aktiven Beitrag für ein intaktes Gemeinwesen.

Weitere Informationen unter: www.aller-ehren-wert.info □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Mathias Eitenberger
82285 Hattenhofen
am 9.7.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Manfred Thümmler
91257 Pegnitz
am 2.7.

Bürgermeister Egon Eck
97503 Gädheim
am 16.6.

Bürgermeister Georg Retz
84160 Frontenhausen
am 21.6.

Bürgermeister Franz Wegele
89291 Holzheim
am 21.6.

Bürgermeister
Johann Bierschneider
92358 Seubersdorf i. d. OPf.
am 22.6.

Bürgermeister Erwin Rist
93104 Sünching
am 29.6.

Bürgermeister Hubert Henig
97288 Theilheim
am 29.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Seeber
91361 Pinzberg
am 3.7.

Bürgermeister Georg Butz
92533 Wernberg-Köblitz
am 6.7.

Bürgermeister Peter Franz
97833 Frammersbach
am 15.6.

Bürgermeister Karl Meckelein
97292 Uettingen
am 17.6.

Bürgermeister
Johann Haslberger
83527 Kirchdorf
am 25.6.

Bürgermeister
Maximilian Schöner
85092 Kösching
am 28.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Norbert Beutmüller
86647 Buttenwiesen
am 5.7.

Bürgermeister Kurt Senft
93098 Mintraching
am 25.6.

Bürgermeister Peter Buberger
93342 Saal a. d. Donau
am 28.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Braun
92287 Schmidmühlen
am 10.7.

Bürgermeister Konrad Barm
89331 Burgau
am 16.6.

Bürgermeister
Willibald Zißlsberger
94539 Grafing
am 25.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfons Brandl
91567 Herrieden
am 1.7.

Bürgermeister Jens Machold
85283 Wolnzach
am 11.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christoph Schmid
86733 Alerheim
am 8.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Interkommunal erfolgreich

Demographischer Wandel, Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft und knappe Kassen verlangen von Städten und Gemeinden ein Umdenken in ihrer Kommunalpolitik. Die interkommunale Zusammenarbeit bietet Kommunen dabei eine Vielzahl von Möglichkeiten, ihre Position weiter zu stärken und kann zukünftig ein wichtiger Handlungsansatz für die öffentliche Hand werden.

Die DSK-Fachtagung „Interkommunal erfolgreich: Kooperation über Gemeindegrenzen hinaus“ findet in diesem Jahr am 12. Juli im Presseclub Nürnberg statt und lädt dazu ein, einander kennen zu lernen und mit den DSK-Fachleuten zu diskutieren.

www.dsk-fachtagung.de □

34. Internationaler Museumstag:

„Museen, unser Gedächtnis“

Über 400 bayerische Museen luden zum Besuch ein

Der vom Internationalen Museumsrat (ICOM) ausgerichtete Internationale Museumstag, 1977 erstmals begangen, ist in Deutschland zur Leitveranstaltung der Museen geworden. In Bayern luden heuer über 400 Museen in allen Landesteilen mit speziellen Veranstaltungen zum Besuch ein.

Unter dem diesjährigen Motto „Museen, unser Gedächtnis“ wiesen die Häuser auf die Bedeutung der Erinnerung und die Bewahrung des kulturellen Erbes in der globalisierten Welt hin. Besucher hatten die Chance, mehr über andere, aber auch über sich selbst zu erfahren. Museen können die Neugier auf das Eigene und das Andere, oft noch Unbekannte wecken und ein Ort des Miteinanders und des Erfahrungsaustauschs sein.

Die Koordination im Freistaat übernahm einmal mehr die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, als Partner fungierten deutschlandweit die Sparkassen. Mit einer Fülle attraktiver Angebote wendeten sich die Museen an ihre Besucher. Große wie kleine Häuser gestalteten diesen Tag nach ihren jeweiligen Möglichkeiten und Besonderheiten.

Sonderausstellungen

Bei überwiegend freiem Eintritt war in den bayerischen Museen auch in diesem Jahr am Internationalen Museumstag allerhand geboten: So wurde im oberbayerischen Bad Tölz das Heimatmuseum feierlich nach umfassender Renovierung und Neueinrichtung wieder der Öffentlichkeit übergeben. Etliche Museen nutzten den Tag zur Eröffnung von Sonderausstellungen, so etwa die Stadtmuseen in Aichach („800 Jahre Deutscher Orden im Aichacher Land“), Amberg („Steingut – das Gold der Oberpfalz“) und Rosenheim („Lockruf und Tradition – 150 Jahre Herbstfest Rosenheim“) oder auch das Dorfmuseum Rott („Geb'n tuats was ma selber kann“).

Ein Bergfest mit Fahrten in der Grubenbahn und Knappenkapelle lockte ins Bergbaumuseum Maffeschächte in Auerbach in der Oberpfalz. Für Freunde des Süßen bot sich ein Besuch des Schokoladenfestes mit Schokoladenmarkt in Stadtmuseum und Handwerksmuseum Deggendorf begleitend zur Ausstellung „Kakao und Schokolade“ an. Freunde der Archäologie kamen beim historischen Bedäufest des Römermuseums Seebruck in Stöfiling auf ihre Kosten oder konnten im Stadtmuseum Fürstentfeldbruck der Vorführung von Steinzeittechniken beiwohnen.

Museumsnächte

Eine Fülle von Museumsnächten leitete den Museumstag ein, so z. B. im Auerbergmuseum Bernbeuren, im Museum Abodiacum in Epfach, im Bachgau-Museum Großostheim, im Museum Schwarzes Roß in Hilpoltstein oder im im Schiefermuseum Ludwigstadt, Prähistorische Siedlung Pestenacker, im Naturkundemuseum Ostbayern in Regensburg, dem Europäischen Museum für Modernes Glas und in Schloss Rosenau in Rödental sowie dem Museum Born in Schiefweg in Waldkirchen.

Mystische Gesänge des Mittelalters erklangen im Kunsthaus Kaufbeuren, Jazz live im Schloss Miltach bei Cham. Getanzt und jongliert wurde im Stadtmuseum Herrenmühle in Hammelburg, während das Stadtmuseum Fürth eine Gehirnjoggingtour durch die Stadtgeschichte organisierte.

Zum Internationalen Museumstag bot das Stiftlandmuseum Waldsassen eine Führung durch das Museum und die Son-

derausstellung „Gloria Trinitati“ zum 300. Weihejubiläum der Wallfahrtskirche Kappl an. Das Museum zeigte unter anderem die größte Sammlung alter Werkstätten und Handwerksgeräte in der Oberpfalz. Zum Museumstag bot auch die Krippen- und Heimatstube in Plößberg mit Glasausstellung und Glasschmelzofenbau-Hütte bei freiem Eintritt Führungen, Vorträge und „Plößberger Saitenmusi“.

Wissenswertes zum Thema Heilkräuter

Auch im Landkreis Amberg-Weizsach beteiligten sich einige Museen am Internationalen Museumstag. So präsentierte zum Beispiel das Stadtmuseum in Sulzbach-Rosenberg Führungen durch eine Dauerausstellung unter dem Motto „Streifzug durch die Geschichte Sulzbach-Rosenbergs“ an. Im Bergbau- und Industriemuseum in Theuern bei Kümmerbruck erfuhren die Besucher Wissenswertes zum Thema Wildkräuter und deren Verwendung in der Küche.

In Lohr beteiligten sich sowohl das Spessart- als auch das Schulmuseum am Museumstag. Bewohner des Hauses Hirtenhof aus Partenstein zeigten im Rahmen der Sonderausstellung „Stimmung - Rausch - Heilung“ im Spessartmuseum ihre Maltechniken und Werke. Die Sonderausstellung beschäftigte sich mit der Kulturgeschichte der Genussmit-

Heribert Thallmair und Josef Deimer:

Gratulation zum 75. Geburtstag!

Zwei kommunalpolitische Legenden haben kürzlich innerhalb weniger Tage ihren 75. Geburtstag gefeiert: Der frühere Erste Bürgermeister der Stadt Starnberg und heutige Ehrenpräsident des Bayerischen Gemeindetags, Heribert Thallmair (23. Mai) ebenso wie der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetags und langjährige Landshuter Oberbürgermeister Josef Deimer am 29. Mai.

Thallmair, stets ein überzeugter Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung, überzeugte durch fachliche Kompetenz und diplomatisches Geschick. 1969 wurde der damals 33-jährige Jurist Thallmair erstmals zum Ersten Bürgermeister seiner Heimatstadt Starnberg gewählt. Fünf Wiederwahlen mit deutlichen Mehrheiten folgten. 1984 wählte ihn die Landesversamm-



Heribert Thallmair. □

lung des Bayerischen Gemeindetags zum Präsidenten. Dieses Amt übte er bis 2002 mit großem Erfolg aus.

Bayerischer Senat

Die Jahrtausendwende war wohl das schmerzlichste Datum in der politischen Laufbahn von Heribert Thallmair: Mit dem 31. Dezember 1999 endete formell die Existenz des bayerischen Senats. Thallmair, zuletzt Präsident der durch einen Volksentscheid abgeschafften zweiten bayerischen Kammer, hält das

tel und Drogen im Spessart, außerdem gab es noch die Dauerausstellung mit dem Thema „Mensch und Wald“ zu sehen.

Bunte Lebenswelt

Kinder konnten an einer Schulstunde wie vor 100 Jahren im Klassenzimmer aus der Kaiserzeit teilnehmen. Jeder Besucher erhielt außerdem ein Fleißbildchen. Derartige Bildchen waren früher als Zeichen der Anerkennung für besonderen Fleiß und gutes Betragen in der Schule bei den Kindern sehr begehrt. Zu besichtigen war die Sonderausstellung „Fröhliche, selige Kinderzeit? - Aus dem Kinderleben vor 100 Jahren“. Sie zeigte anhand von großformatigen Schulwandbildern und Auszügen aus Fibeln eine bunte Lebenswelt, die weitgehend von dörflich-kleinbürgerlichen Bereichen einer heilen und in sich ruhenden Heimat geprägt wird. Der zweite Teil der Sonderausstellung befasste sich mit den negativen Lebenserfahrungen vieler Kinder, sprich mit Gewalt (auch mit der brutalen Prügelpädagogik), Kinderarbeit, Alkohol- und Nikotinkonsum.

Konzert

In Ortenburg im Landkreis Passau wurden Führungen durch die Gemäldeausstellung und das Schlossmuseum mit seinem Gräflichen Empfangssaal offeriert. Ein Konzert der Blaskapelle Grieskirchen rundete den Museumstag ab.

Die Kunstsammlungen auf der Veste Coburg konzentrierten sich

noch heute für einen schweren Fehler.

Zu seinem Ehrenfest wurde Starnbergs Ehrenbürger von Mitgliedern des Ortsverbands Starnberg in Ammerland besucht, um ihm auf das herzlichste zu gratulieren. Sie überreichten dem passionierten Bergwanderer und Skifahrer einen Panorama-Bildband der Münchner Hausberge. Auch aufgrund dieser sportlichen Tätigkeiten, zu denen auch das Rudertaining auf dem Starnberger See gehören, das Heribert Thallmair und seine Frau Anneliese regelmäßig betreiben, erfreut sich das Geburtstagskind bester Gesundheit.

Gemeindetag und Städtetag

Wer über den Gemeindetag redet, kann über den Städtetag nicht schweigen - und tatsächlich waren sich Thallmair und Deimer in vielem ähnlich, wenngleich der Politikstil der beiden kommunalpolitischen Schwergewichte sich erheblich unterschied.

Josef Deimer hat die bayerische Kommunalpolitik als kritischer, aber konstruktiver Begleiter entscheidend mitgeprägt. Der CSU-Politiker, bundesweit bekannt und geachtet, wurde 1966 mit 30 Jahren zum 3. Bürgermeister von Landshut gewählt. Von 1970 bis Ende 2004 war er Oberbürgermeister seiner Vaterstadt. Bereits 1970 wurde der Jubilar in den Vorstand des Bayerischen Städtetags berufen. 1975 wählte ihn die Vollversammlung des Städtetags zu ihrem Vorsitzenden.



Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht erst seit der UN-Behindertenrechtskonvention wird über die Inklusion diskutiert. Es ist Thema in der Gesellschaft, ob mit behinderten Menschen richtig umgegangen wird. Ministerien beraten über rechtliche Grundlagen, Kommunen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen diskutieren über die Ausgestaltung von Barrierefreiheit und das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern.

Viele Förderinstitutionen bestehen bereits. Sie werden laufend optimiert und ermöglichen

Inklusion: Das Kind im Mittelpunkt

sehr gute und gezielte Förderung von behinderten Menschen. Doch wir sind zusätzlich gefordert, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Dazu sind die bayerischen Kommunen auch bereit. Und aus meiner Sicht sollte Bayern auch in Zukunft an der Spitze der Integration von Behinderten in der Gesellschaft stehen und die Inklusion vorantreiben.

Was heißt das für uns? Die Konvention verfolgt als neues Leitbild die weitestgehende Inklusion. Die inklusive Gesellschaft bezieht behinderte Menschen mit ihren Bedürfnissen von Anfang an ein. Kinder mit Behinderungen werden in das allgemeine Schulsystem integriert, das ge-



meinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder soll zur Regel werden. Menschen mit Behinderungen sollen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt erlangen können.

Die Konvention ruft also dazu auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die die Mobilität und die Barrierefreiheit behinderter Menschen sicherstellen. Dazu sind bauliche Maßnahmen erforderlich, zusätzliches Fachpersonal muss zur Verfügung gestellt werden, Organisationsformen müssen angepasst werden, aber vor allem: Die Akzeptanz und das Verständnis bei den Mitmenschen muss gestärkt werden.

Doch sollten wir keinesfalls vergessen: Wir haben in Bayern sehr gute Einrichtungen zur Förderung behinderter Menschen mit hervorragenden Fachkräften. Sie leisten sehr gute Arbeit und führen behinderte Menschen bestmöglich und erfolgreich an die Teilhabe in der Gesellschaft heran. Diese brauchen wir auch in Zukunft.

Inklusion ist wichtig und muss ausgeweitet werden. Die Gesellschaft muss zu mehr Verständnis und Bereitschaft aufgefordert werden. Politische Weichenstellungen und Anstrengungen sind erforderlich.

Lassen wir uns aber immer von einem Gedanken leiten: Im Mittelpunkt steht der betroffene Mensch, ob Kind oder Erwachsener. Wir brauchen Inklusionsmöglichkeiten, aber auch unsere Einrichtungen zur individuellen Förderung.

Ihr Stefan Rößle

beim Internationalen Museumstag auf die Entdeckung verborgener Dinge, Techniken und Bedeutungen. Dazu wurde ein spannendes Programm entwickelt, wozu einige noch nie gezeigte Filmdokumente zur jüngeren Geschichte der Veste und ihrer Sammlungen gehörten. DK

stellt. Wir können jetzt die Früchte seiner Arbeit ernten.“ Sein Vorgänger habe auch nie Hemmungen gehabt, sich gegen die Spitzenpolitiker aufzustellen. So machte Deimer die unmittelbare Nachbarschaft zu den Atomkraftwerken Isar 1 und 2 früh zu einem überzeugten Gegner der Atomenergie. „Wir können nicht Tausende von Generationen mit der Bewachung von Plutonium beschäftigen“, sagte er 1991 in einem Zeitungsinterview und ging damit in Frontstellung gegen seine eigene Partei.

Große Ausstellung

Zum Geburtstag hat die Stadt Landshut die aufwändig gestalte-

te Ausstellung „Josef Deimer - Begegnungen“ initiiert. Auf großformatigen Fotografien spiegeln sich die 35 Dienstjahre des Oberbürgermeisters wider. Die Ausstellung in der Stadtsidenz wurde vom ehemaligen Kulturbeauftragten Helmut Stix gestaltet, einem langjährigen Weggefährten von Josef Deimer. Sie läuft noch bis 19. Juni und kann täglich, außer montags, besichtigt werden.

Zudem gab es in der Herzogstadt für den Altoberbürgermeister und Ehrenbürger einen Ehrenempfang im Hof der Residenz, wo Deimer sein momentanes Lebensmotto preisgab: „Eile mit Weile. Ich warte auf den jüngsten Tag - aber pressieren duats goar ned.“ DK

Ländliche Entwicklung feiert 125-jähriges Bestehen

Von der königlichen Zentralbehörde zum bürgernahen Partner

Von der königlichen Zentralbehörde für Flurbereinigung zum bürgernahen Impulsgeber für zukunftsorientierte Land- und Dorfentwicklung: Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung hat sich in den vergangenen 125 Jahren zu einem kompetenten und modernen Servicepartner für Kommunen, Bürger und Entscheidungsträger im ländlichen Raum entwickelt.

„Die gelebte Subsidiarität bei Programmen wie Flurneuordnung oder Dorferneuerung, die aktive Bürgerbeteiligung und die maßgeschneiderten Konzepte stärken nachhaltig unsere ländlichen Gebiete“, sagte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner jüngst bei der Jubiläumsfeier in der Münchner Residenz.

Passende Instrumente

Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung bietet die passenden Instrumente, Landnutzungskonflikte einvernehmlich zu lösen, Infrastrukturmaßnahmen zu verwirklichen, die kommunale Entwicklung voranzutreiben und die ökologische Vielfalt zu verbessern. Sie leistet damit einen wertvollen Beitrag zum Erhalt vitaler Lebensräume und zur Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Betriebe. Eine große Herausforderung sieht Brunner in den kommenden Jahren in der Umsetzung der Energiewende. Um die erneuerbaren Energien voranzubringen

sei das effiziente Flächenmanagement der Verwaltung für Ländliche Entwicklung unverzichtbar - etwa um interkommunale Energiekonzepte voranzutreiben oder energieautarke Regionen zu etablieren.

Erfolgsmodell

Als beispielhaftes Erfolgsmodell bezeichnete der Minister das vor 30 Jahren ins Leben gerufene Dorferneuerungsprogramm. Das Programm sei inzwischen ein unverzichtbares Instrument, um die Innenentwicklung der Dörfer voranzubringen und sie als lebendige Heimat mit eigenständigem Charakter zu erhalten. Weil zu den Kernelementen der Dorferneuerung die Mitwirkung der Bürger gehöre, sind laut Brunner die vor 20 Jahren gegründeten Schulen der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten, Plankstetten und Klosterlangheim ein zentraler und wichtiger Partner: „Sie bieten den Akteuren das Rüstzeug für ein erfolgreiches Engagement“ □



Josef Deimer. □

anderer Chef eines kommunalen Spitzenverbandes kann auf eine so lange Amtszeit zurückblicken. Deimer war der Städtetag und der Städtetag war Deimer.

Von Ruhestand aber kann noch immer keine Rede sein. Die Liste von Deimers Ehrenämtern ist lang. So wurde er erst kürzlich als Präsident der Volkshochschulen in Bayern wiedergewählt. Die Geschichte des Verbandes leitet er seit 1979. Darüber hinaus ist der Jubilar u. a. seit 40 Jahren Vorsitzender der Landshuter Lebenshilfe. Der Verein umfasst 31 Einrichtungen für behinderte Menschen in Stadt und Landkreis Landshut und den Landkreisen Dingolfing-Landau und Kelheim. „Die Ehrenämter halten mich politisch fit“, meint der Rekordmann.

Gut aufgestellt

Deimers Nachfolger im Amt des Landshuter Oberbürgermeisters, sein Parteikollege Hans Rampf, würdigte den Jubilar mit den Worten: „Josef Deimer hat die Stadt hervorragend aufge-

Zukunft strukturschwacher und ländlicher Räume:

Gute Luft allein reicht nicht aus

Kongress in Berlin unter Vorsitz von MdB Ernst Hinsken

Die Zukunft strukturschwacher und ländlicher Räume stand im Mittelpunkt eines Kongresses, den der Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ unter Vorsitz von MdB Ernst Hinsken im Berliner Reichstagsgebäude veranstaltete. Knapp 200 Bundestagsabgeordnete, Minister und Staatssekretäre, Landräte, Bürgermeister sowie Präsidenten und Hauptgeschäftsführer von Wirtschaftskammern aus ganz Deutschland waren zu der Tagung nach Berlin gekommen.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte der Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Herwig Birg auf die Folgen der demografischen Entwicklung hingewiesen, die seiner Ansicht nach insbesondere das Entwicklungspotenzial der ländlichen und strukturschwachen Regionen aufgrund von Geburtendefiziten und Abwanderung auf das Äußerste gefährdeten. Wollte man dem Schrumpfen der Bevölkerung entgegenwirken, werde eine „Stabilisierungspolitik“ benötigt.

Dabei müsse die demografische Entwicklung in die europäische wie die nationale Förderpolitik einbezogen werden. Im Interesse einer Geburtenförderungs- und Familienpolitik müsse zudem die vom Bundesverfassungsgericht schon seit Langem angeordnete Reform der sozialen Sicherungssysteme angegangen werden, so dass Kinderlose in der Rentenfrage nicht länger gegenüber Familien mit Kindern privilegiert werden.

Starkes Rückgrat

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Gerd Müller, warnte unterdessen, den ländlichen Raum schlecht zu reden. Nur fünf Prozent seien Problemregionen, 95 Prozent hingegen seien „das starke Rückgrat“. Deren Stärken seien: Natur, Landschaft, traditionelle kulturelle Strukturen, Handwerk, Mittelstand, Familienzusammenhalt, und geringere Lebenshaltungskosten als in den Ballungsräumen sowie eine gute Bildungsstruktur. Bei der Gele-

genheit wies Müller auch darauf hin, dass im Zuge der Bundeswehrreform Schließungen von Kasernen eher in den Großstädten erfolgen müssten als im ländlichen Raum.

Mit Blick auf die Politik der Deutschen Bahn betonte Müller, dass es „eine völlige Vernachlässigung in der Fläche“ gebe. „Die Bahn muss endlich erkennen: Mehr als 50 Prozent der Passagiere kommen aus der Fläche, müssen sich aber erstmal stundenlang an den Knotenpunkt heranrobben. Das können wir uns nicht mehr bieten lassen“, so der Politiker. Auch forderte er, Entscheidungen über Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Regionen vor Ort und nicht in Brüssel zu fällen.

Müller rief die anwesenden Kommunalpolitiker dazu auf, die im Grundgesetz festgeschriebene „gleichwertige Entwicklung von Stadt und Land“ notfalls auch vor Gericht einzufordern. Dabei bedeute „gleichwertig“ nicht „gleich“. Der Staat sollte sich daher auf seine Kernaufgaben konzentrieren, sich aber aus den Details heraushalten. Diese müssten durch die Kommunen geklärt werden.

Dass der Ausbau der Internet-Breitbandverbindungen und die Absicherung der medizinischen Grundversorgung zwei entscheidende Faktoren für eine positive Entwicklung ländlicher Regionen sind, war die gemeinsame Einschätzung der Teilnehmer bei einer Podiumsdiskussion. So betonte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Marcel Huber, „dass mit einer schnellen Datenautobahn auch im letzten Kuhdorf eine Weltfirma betrieben

werden kann“. So sei es möglich, hochwertige Arbeitsplätze in den ländlichen Raum zu bringen. Dieser Faktor sei entscheidend, denn: „Gute Luft allein reicht nicht aus.“

Auch für Tassilo Lenk, Landrat im Vogtlandkreis, sind Arbeitsplätze das Hauptkriterium – nicht zuletzt, um die Folgen der demografischen Entwicklung abzufedern. „Wo Arbeit ist, ist sozialer Friede; wo sozialer Friede herrscht, werden auch Kinder „gemacht“, erklärte Lenk. Dazu brauche es eine wohnortnahe medizinische Versorgung ebenso wie Kita- und Schulangebote in unmittelbarer Nähe. „Entscheidend für die Zukunft wird der Breitbandausbau sein“, urteilte daher auch Lenk.

Universalverpflichtung

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Albert Rupprecht kündigte an, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag vorlegen wird, der von Internetanbietern „eine Universalienverpflichtung fordert“. Damit solle gewährleistet werden, dass alle Haushalte eine Datenleitung mit mindestens 16 Megabit pro Sekunde erhalten.

Heftig umstritten war die Frage, wie es gelingen kann, eine ausreichende Zahl von Hausärzten für den ländlichen Raum zu gewinnen. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der Kassenzärztlichen Vereinigung (KV), sprach in diesem Zusammenhang von einem „eklatanten Problem“. Der ärztliche Nachwuchs wolle nicht in die Fläche. Zwar könne die KV mehr Niederlassungsmöglichkeiten schaffen, doch stehe auch fest: „Wir können keine Ärzte backen.“

Um dem Problem entgegenzutreten forderte Landrat Lenk, mehr Hausärzte auszubilden. Dazu müsse möglicherweise auch der Numerus clausus geändert werden. „Es sind nicht nur

die 1,1er-Abiturienten, die das Zeug zu einem guten Arzt haben“, stellte der Landkreischef klar.

Köhler verwies seinerseits auf Befragungen niederlassungswilliger Ärzte, unter welchen Bedingungen diese bereit wären, „in die Fläche zu gehen“. Im Schnitt sei dabei ein „Mehrgehalt“ von 8.000 Euro monatlich

gefordert worden. Das könne kein System leisten, sagte Köhler. Gleichzeitig habe die Befragung auch deutlich gemacht, dass Ärzte auf einen derartigen Einkommenszuwachs zugunsten von guten Ausbildungsmöglichkeiten für ihre Kinder und Arbeitsplatzangebote für den Partner verzichten würden. **DK**

Inklusion als...

(Fortsetzung von Seite 1) und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zu ermöglichen.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Schulen mit dem Schulprofil „Inklusion“ hält der Kultusminister für einen sehr guten Ansatz, um den schrittweisen Prozess hin zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu befördern. Mindestens 30 Schulen sollen so ab dem kommenden Schuljahr als besondere Beispiele für gelingende Inklusion dienen. Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf ist an allen Schulen möglich und erwünscht.

Mit Blick auf die offene und gebundene Ganztagschule erläuterte Spaenle, dass der Freistaat nun mit dem Aufbau gebundener Ganztagsklassen an Realschulen und Gymnasien beginne. Auch die Gruppen der offenen Ganztagsklassen könne Bayern auf der Grundlage des Haushalts in den kommenden beiden Jahren deutlich ausbauen. Vor dem Hintergrund, dass das Ganztagsmodell einen massiven Personaleinsatz nach sich ziehe, müsse die Zahl der Lehrereinsätze zumindest gehalten werden.

Eintretende Sättigung bei Volks- und Hauptschulen

Bis zur nächsten Landtagswahl, so meinte der Minister, könnten wohl zwei Drittel der Realschulen und Gymnasien mit gebundenen Ganztagsklassen ausgestattet werden. Indes sei im Bereich der Volks- und Hauptschulen eine gewisse Sättigung erkennbar. Grundsätzlich bezeichnete der Politiker es als wichtig, „dass wir die Zusammenarbeit zwischen den Schulaufwandsträgern oder den Trägern der Betreuungseinrichtungen und den Bildungsverantwortlichen vor Ort intensivieren“.

Werner Zwick, Ministerialdirekt im Bayerischen Sozialministerium, bezeichnete es als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Inklusion voranzubringen“. Ohne die Kommunen sei eine Umsetzung der Inklusion ohnehin nicht möglich. Deswegen bat er die anwesenden KPV-Mitglieder sich in diesen Prozess mit einzubringen.

Die Bayerische Staatsregierung hat am 3. Mai 2011 den Entwurf eines Aktionsplans zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung vorgelegt (<http://www.arbeitsministerium.bayern.de/behindertepolitik/unkonventionap-entw.pdf>). Menschen mit Behinderung in Bayern sollen in allen Lebensbereichen „Mittendrin statt nur dabei“ sein. Das Papier wird nunmehr im Dialog mit allen Beteiligten, insbesondere den Organisationen behinderter Menschen, zu einem bayerischen Aktionsplan weiterentwickelt.

Die Schwerpunkte des Konzepts

► Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für die Belange behinderter Menschen und die Achtung ihrer Rechte, ihrer Würde und ihrer Fähigkeiten. ► Eine inklusive Bildung auf allen Ebenen, begonnen in der frühesten Kindheit. Schon der bisherige Integrationsauftrag der Kindertageseinrichtungen beschreibt den Weg zur Inklusion.

Zur Verdeutlichung soll dies im Gesetz klargestellt werden. ► Die Teilhabe am Arbeitsleben. Hier müssen die Weichen bereits in der Schule gestellt werden. Neben einem ganzen Bündel an Maßnahmen, die behinderten



Werner Zwick. □

Menschen die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen sollen, wird die Staatsregierung das erfolgreiche Projekt „Übergang Förderschule – Beruf“ weiterführen, um den Automatismus von der Förderschule in die Werkstatt zu durchbrechen.

► Auch für die zunehmende Zahl älter werdender Menschen mit Behinderung enthält das Konzept der Staatsregierung zukunftsgerichtete Maßnahmen. Ziel ist es, Menschen mit Behinderung möglichst auch im Alter ein Leben in vertrauter Umgebung und in ihrem bisherigen Wohnumfeld zu ermöglichen.

► Die freie Wahl des Wohnumfeldes ist ein zentrales Anliegen der UN-BRK. Der „Runde Tisch - Zukunft der Behindertenhilfe in Bayern“ erarbeitet deshalb Eckpunkte, um die Entwicklung hin zu individuellen, wohnortna-

hen und inklusiven Wohnformen zu unterstützen.

► Entscheidende Grundlage für die Teilhabe und Inklusion behinderter Menschen ist Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz hat hier wesentliche Verbesserungen gebracht. Jedem Bürger müssen Zugänge barrierefrei offen stehen zu Wohnen, öffentlichen Gebäuden, Verkehr, Information, Kultur. Das vorliegende Konzept enthält hierzu eine Fülle an Maßnahmen.

► Die Eingliederungshilfe muss zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung weiter entwickelt werden, wie es die Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November 2010 beschlossen hat. Darüber hinaus muss sich auch der Bund an den Kosten dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen.

Für die Verwirklichung einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe und Inklusion wenden Freistaat und Kommunen jährlich rund drei Milliarden Euro auf, wie Zwick berichtete. Bestehende Strukturen werden seiner Einschätzung nach „sicherlich nicht alle zerschlagen“. Gemeinsam mit Kommunen und Wohlfahrtsverbänden werde man alles auf den Prüfstand stellen. Zwick: „Wir stehen am Beginn eines Prozesses. Jetzt fängt die Diskussionsphase an. Am Ende dieses Prozesses soll aus dem Entwurf eines Aktionsplanes ein bayerischer Aktionsplan zur Umsetzung der Inklusion werden.“

Schulnachmittag

Als großes Anliegen von Sozialministerin Christine Haderthauer bezeichnete Werner Zwick abschließend die Möglichkeit für Kommunen, den Schulnachmittag zu gestalten. Sie sollten entscheidend an der Nachmittagsbetreuung beteiligt sein. Ebenso wie Spaenle meinte auch Zwick, „dass es eine große Erleichterung sein wird, wenn man die Präsenzzeiten für die Hortkinder deutlich reduziert“. Momentan müssten noch über 50 Prozent der für den Hort gemeldeten Kinder über 20 Stunden dort anwesend sein, damit die Einrichtung förderlich ist. Dies stelle eine enorme Hürde dar. **DK**

Reise zum...

(Fortsetzung von Seite 1) in der Spezialglasstechnologie mit Sitz an der ostbayerischen Glasstraße.

In der Kategorie „Nachfolge“ gab es in diesem Jahr ebenfalls zwei Preisträger. Aus Garmisch-Partenkirchen stammt die „Langmatz GmbH“. Sie ist als mittelständischer Betrieb in den Bereichen Energieversorgung, Telekommunikation und Straßenverkehrstechnik tätig. Als gleichberechtigter erster Sieger in der Kategorie „Nachfolge“ fungiert die „Moritz Fürst GmbH & Co. KG“ aus Nürnberg. Diese Firma hat ein alteingesessenes Unternehmen mit den Geschäftsbereichen Sauberkeit, Sicherheit, Zeitarbeit und Outsourcing umgerüstet und neu positioniert.

Wiedereingliederung

Der Sonderpreis ging in diesem Jahr an den Verein zur Wiedereingliederung psychisch kranker Menschen „wabe e.V.“ in Erlangen. Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielt der Erdinger Weißbierbrauer Werner Brombach, der mit seinem Unternehmen in diesem Jahr das 125-jährige Firmenjubiläum feiern kann.

Wie der Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbandes Prof. Rudolf Faltermeier feststellte, „haben die bayerischen Sparkassen 2010 für ca. 1.500 Existenzgründungen ins-

gesamt 160 Mio. Euro an Gründungsdarlehen ausgereicht“. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, ermöglichten die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen etwa rund 4.500 neue Jobs. Die aktuellen Zahlen zur Vergabe von Neukrediten zeigten außerdem, dass es für Projekte mit einem wirtschaftlich tragfähigen Geschäftsmodell keine Kreditklemme gebe.

Praxisorientierung

Der Bayerische Gründerpreis entstand aus dem 1997 ins Leben gerufenen StartUp-Wettbewerb für Existenzgründer. „Nicht die Konzeption allein entscheidet. Auch Wachstum, Aufstieg und Nachfolge wollen im ökonomischen Leben gut organisiert sein“, betonte Faltermeier. Deshalb sei aus dem „StartUp“-Gedanken der ersten Stunde ein umfassender, praxisorientierter Unternehmerpreis entwickelt worden. Neu hinzugekommen sei außerdem eine Unternehmerkonferenz als Plattform für Wissen und Erfahrung. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es wichtig, das Unternehmertum zu fördern.

Eine ausführliche Dokumentation der Unternehmerkonferenz wird die Bayerische Gemeindezeitung in einer ihrer nächsten Ausgaben veröffentlichen. **DK**

Fachmesse DCONex:

Deutlicher Schritt nach vorn

Veranstalter, Kompetenzpartner und Aussteller ziehen positive Bilanz
Stärkere internationale Ausrichtung im Visier

Bereits bei der zweiten Auflage konnte die Fachmesse DCONex rund um das Schadstoffmanagement einen deutlichen Schritt nach vorn machen. Mit rund 1.100 Fachbesuchern und 70 Ausstellern (plus 20%) hat die DCONex ihre Position als zentraler Branchentreffpunkt weiter ausgebaut.

Die veranstaltende AFAG Messen und Ausstellungen GmbH sowie die beteiligten Aussteller und Kompetenzpartner zogen nach zwei Tagen eine positive Bilanz. Einhelliger Tenor: die DCONex hat mit neuen Ausstellern, neu hinzugekommenen Verbänden und einem klar strukturierten Kongress weiter an Informationsqualität gewonnen. Sie bot eine hervorragende Plattform, um mit Experten der Branche ins Gespräch zu kommen und brachte die unterschiedlichsten Unternehmen und Verbände unter einem Dach zusammen. Als einzige integrative Spezialmesse der Branche lieferte die DCONex wertvolle Informationen und neueste Erkenntnisse zum richtigen Umgang mit Schadstoffen und zu den Bereichen Altlasten und Flächenrecycling.

Topreferenten

Ausgesprochen positiv bewertet wurde das diesjährige Kongressprogramm, das deutlich aufgewertet wurde und mit Topreferenten und praxisnahen Vor-

trägen auf wesentlich größeres Interesse als bei der Messepremiere vor zwei Jahren stieß. Zum Erfolg des Kongresses trug in diesem Jahr auch die professionelle Moderation von Volker Angres, Leiter der ZDF Umweltredaktion, bei, der bereits mit seinem Impuls-Statement bei der Messeeröffnung für einen gelungenen Auftakt der DCONex sorgte.

Weichen gestellt

Für AFAG-Geschäftsführer Heiko Könicke wurden bei der diesjährigen DCONex die Weichen für eine weitere positive Entwicklung der Messe gestellt: „Jeder Besucher der DCONex dürfte für die eigene berufliche Praxis wertvolle Informationen und Erkenntnisse mitgenommen haben. Nachdem in diesem Jahr erstmals europäische Branchenverbände zum Kreis der Aussteller gehörten, werden wir die Kontakte ins benachbarte Ausland vertiefen. Wir sind zuversichtlich, dass sich dies schon bei der kommenden DCONex im Jahr 2013 durch weitere aus-

ländische Beteiligungen und Aussteller niederschlagen wird“.

Die Aussteller konnten bei der DCONex wertvolle neue Kontakte knüpfen und lobten die hohe Qualität des Fachpublikums aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland. Zum Kreis der Fachbesucher gehörten u.a. Architekten, Ingenieure, Unternehmensberater, Geologen und Biologen, Mitarbeiter aus Kommunen, Behörden und Kliniken, Handwerker und Fachverlage. Für die Zukunft will man weitere Partner und Verbände gewinnen, aber auch Hochschulen und technische Universitäten stärker für das Schadstoff-Thema der DCONex sensibilisieren und bei der Messe auch über Berufschancen in der Branche und Möglichkeiten eines Praktikums informieren.

Bessere Integration

Für die nächste DCONex werden die veranstaltenden AFAG Messen und Ausstellungen GmbH dem Wunsch der Aussteller Rechnung tragen und das umfangreiche Kongressprogramm besser in die Messe integrieren, um mehr Zeit für den Besuch und Gespräche auf den Messeständen zu ermöglichen.

Die nächste DCONex findet am 17./18. April 2013 statt. □

Der einzige Mobilfunktarif für nachhaltigen Umweltschutz:

Grün. Günstig. Geht doch!

NABU und E-Plus Gruppe präsentieren Tarif und umfassendes Maßnahmenpaket für grünen Mobilfunk / Nachhaltigkeit in der Wertschöpfungskette

„Nachhaltigkeit“ ist zur Verpflichtung geworden für alle Bereiche unseres Lebens. Wer dieses Ziel konsequent in sein Handeln integriert, sieht sich immer wieder vor die Frage gestellt ob die Auswahl der konsumierten Produkte dieser Prämisse gerecht wird. Letztlich kann so eine Bedingung niemals eine Momentaufnahme sein; vielmehr erfordert sie strenge Konsequenzen für den kompletten Lebenszyklus einer Ware – Produktion, Betrieb und Entsorgung inklusive. Die Herstellung von Handys braucht wertvolle Rohstoffe und der Betrieb des Mobilfunknetzes benötigt reichlich Strom – das ist ein Dilemma für umweltbewusste Bürger und aktive Naturschützer erst recht. Zugleich ist unser modernes Leben ohne Handy kaum noch vorstellbar – aber wenn schon, dann wenigstens so nachhaltig wie möglich. Dafür haben der NABU, Naturschutzbund Deutschland e.V., und die E-Plus Gruppe nun den einzigen grünen Mobilfunktarif Deutschlands entwickelt, mit dem mobiles Telefonieren umweltfreundlicher wird.

„Der NABU setzt sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Mobilfunktechnologie ein und möchte mit dem NABU Umwelt-Tarif das Telefonieren mit dem Handy ökologischer als bisher gestalten“, erklärt NABU-Geschäftsführer Leif Miller. „Hinter dem NABU Umwelt-Tarif steckt die Idee, die gesamte Wertschöpfungskette des Produkts so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten“, fügt Alfons Lösing, Chief Wholesale Officer der E-Plus Gruppe, hinzu.

Handy-Ranking und Öko-Strom

„Grüner telefonieren“ heißt konkret dass beim Umwelt-Tarif auf ein neues Mobilfunkgerät bewusst verzichtet wird und man sich für einen „SIM-only“-Tarif entscheidet. Wenn dann irgendwann doch ein neues Endgerät benötigt wird bietet das neue NABU-Handy-Ranking eine hervorragende Orientierungshilfe

nach ökologischen Kriterien. Für die Kunden im NABU Umwelt-Tarif bezieht E-Plus an-

Weitere Infos

Der neue Tarif ist unter www.NABU-umwelt-tarif.de oder telefonisch unter der in Deutschland kostenfreien Rufnummer 0800/000 1040 erhältlich.

Über das Handyrecycling informieren die Homepages: www.nabu.de/handyrecycling oder www.eplus-gruppe.de/handyrecycling. □

nung findet man Papier-sparend im Internet.

Für die SIM-Karte wurde ein Kartenhalter aus recyclingfähigem Papier entwickelt und der Plastikanteil damit um ca. 90 Prozent verringert – eine Premiere auf dem deutschen Mobilfunkmarkt.

Wer seinen Handy-Stromverbrauch weiter reduzieren möchte, bekommt auf Wunsch einen Gutschein für ein kostenloses Solar-Ladegerät dazu.

Unterstützung konkreter Natur- und Umweltschutzprojekte

E-Plus stellt 15 Prozent des monatlichen Netto-Rechnungsbetrags dem NABU für ausgewählte Natur- und Umweltschutzprojekte zur Verfügung. Auch beim Recycling ausgeleierter Handys arbeiten der NABU und E-Plus bereits erfolgreich zusammen. Für jedes recycelte alte Handy erhält der NABU 3 Euro von der E-Plus Gruppe. Der Erlös kommt der Renaturierung der Unteren Havel zu Gute.

Umweltschutz und attraktive Preisgestaltung

Der NABU Umwelt-Tarif zeigt, dass Öko nicht gleich teuer sein muss: Der monatliche Paketpreis von 9,90 Euro mit 120 Freiminuten oder SMS ist vergleichbar mit anderen Basistarifen im Markt. Für die Freunde des mobilen Surfens gibt es optional die monatliche

Handy-Internet-Flat für 8,90 Euro. Die Minute und Einzel-SMS in alle deutschen Netze außerhalb des Paketpreises kosten je 19 Cent.

Energieeffizienz bei den Basisstationen

E-Plus will auch in anderen Bereichen Ernst machen mit Energiesparung und Klimaschutz. Deshalb wurde kürzlich in Berlin zwischen E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG und die Ventfair GmbH ein „Letter of Intent“ unterzeichnet, der die energieeffiziente Umrüstung von Mobilfunkbasisstationen zum Ziel hat.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft wurde der Beschluss zur energieeffizienten Umrüstung von zunächst 50 Mobilfunkbasisstationen gefeiert. Über 200 Anlagen werden im Rahmen des gemeinsamen Pilotprojekts umgerüstet.

Umrüstung

E-Plus ist damit der erste Großkunde, der die kühlmittelfreien Hybridlüfter von Ventfair großflächig zur Verringerung des elektrischen Energieverbrauchs, des CO₂-Ausstoßes und der Kältemittelmengen einsetzen wird. E-Plus betreibt in Deutschland derzeit rund 20.000 Mobilfunkbasisstationen und Mobilfunkkontrollstationen, von denen rund 2.300 mit Anlagen zur Klimatisierung der Funktechnik ausgestattet sind. Die bisher eingesetzten Kühlsysteme arbeiten mit einer energieintensiven Kompressortechnik und benötigen Kühlmittel, die als umweltgefährdend gelten.

Der Energieverbrauch einer solchen Klimaanlage – für die Beispielrechnung ausgehend von



Telefonieren ohne schlechtes Gewissen: Beim Umwelt-Handy-Tarif wird der gesamte Lebenszyklus eines Gerätes, sein Betrieb und seine Entsorgung dem Gebot der Nachhaltigkeit unterstellt. □

einem Verbrauch von 1.500 Watt, einer Nutzung von täglich 16 Stunden an 300 Tagen pro Jahr – lässt sich durch die innovative Ventilatorentechnik von Ventfair von 8.800 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr auf 230,4 kWh pro Jahr senken. Bei diesem Rechenbeispiel entspricht dies einer Reduzierung der Stromkosten von 1.600 Euro auf nur noch 41 Euro – also um über 97 Prozent. Dabei kommen Ventfair-Lüfter ganz ohne Kühlmittel aus.

Die Hybridlüfter werden seit Jahren erfolgreich zur Entlüftung von Gebäuden wie Schulen, Flughäfen, Lager- und Produktionshallen eingesetzt. Ventfair erhielt für seine Produktlösungen bereits mehrere Umwelt- und Innovationspreise.

Effizienzsteigerung

„E-Plus möchte als nachhaltig wirtschaftendes Unternehmen die Effizienz der eingesetzten Technik deutlich steigern“, erklärte Dr. Karsten Menzel, Leiter

der Abteilung Environment, Health & Safety bei der E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG. „Bis zum Jahr 2020 haben wir uns eine Effizienzverbesserung um 20 Prozent gegenüber 2009 vorgenommen. Die effizientere Kühlung der Mobilfunkstandorte wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.“

Ventfair-Geschäftsführer Norbert Skrobek erklärte die Technik und demonstrierte mit der Live-Schaltung zu einer Pilotanlage in Düsseldorf, wie effizient das System tatsächlich in der Praxis arbeitet. „Würden von den 68.000 Anlagen, die in Deutschland stehen, nur 5.000 umgerüstet, könnten die hier tätigen Mobilfunkbetreiber über 25.000 Tonnen CO₂ und rund 7,5 Millionen Euro an Stromkosten pro Jahr einsparen.“

Dr. Menzel sieht für alle Mobilfunknetzbetreiber in Deutschland gemeinsam ein jährliches Einsparpotenzial von bis zu 20 Gigawattstunden (GWh) pro Jahr. □

40 Jahre AKDB:

Moderne Verwaltung für Bayern

Festakt in München - Innenminister Joachim Herrmann:
„Erfolgsgeschichte, die den Gemeinden zugute kommt“

Mit einem Festakt im Münchner Variété-Theater GOP feierte die AKDB ihren 40. Geburtstag. Rund 200 Gäste waren der Einladung gefolgt, um gemeinsam mit dem öffentlich-rechtlichen IT-Unternehmen der Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände auf vier erfolgreiche Jahrzehnte zu blicken. Sie erlebten einen unterhaltsamen Abend mit spektakulären Auftritten von Variété-Künstlern. Am Ende der Veranstaltung spendete die AKDB 25.000 Euro an die Bayerische Lebenshilfe.

Nachdem der Vorstandsvorsitzende der AKDB, Alexander Schroth, und der Vorsitzende der AKDB-Hauptversammlung und Bürgermeister der Gemeinde Ismaning, Michael Sedlmair, die zahlreichen Gäste begrüßt und unter anderem von einer „gedeihten Zusammenarbeit“ mit dem Staatsministerium des Innern gesprochen hatten, spannte Innenminister Joachim Herrmann in seiner Festrede einen inhaltlichen Bogen von den initiativen Ideen der Gründung bis zum heutigen Tag.

Kompetenzzentrum

„Die AKDB ist eine Erfolgsgeschichte, die den bayerischen Gemeinden zugute kommt“, hob Herrmann hervor. Dadurch dass die AKDB ein hochmoderner Dienstleister sei, der für die Kommunen vorbildliche IT-Lösungen entwickelt, könnten diese ihre Aufgaben noch effizienter, bürgerfreundlicher und zukunftssicherer erfüllen. Mit ihren vier Tochterunternehmen bilde die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Deutschland ein einzigartiges Kompetenzzentrum für Kommunale Informationstechnik.

Träger der AKDB sind die Kommunalen Spitzenverbände in Bayern (Bayerischer Gemeindefesttag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband

der Bayerischen Bezirke). Das Innenministerium hatte die Gründung der AKDB von Anfang an begleitet und gefördert. Der Innenminister: „Es war richtig, eine landesweit agierende Anstalt des Öffentlichen Rechts mit entsprechenden Entwicklungs-, Vertriebs- und Rechenzentrumskapazitäten einzurichten. Sie meistert auch heute noch bestens alle Herausforderungen.“

Ansprechpartner

„Wenn es darum geht, wie die Kommunen ihre Organisation mit Hilfe der IT gestalten können, haben sie mit der AKDB einen kompetenten Ansprechpartner: sowohl bei der Auswahl und Entwicklung technischer Lösungen als auch bei deren Umsetzung in der Praxis“, konstatierte Herrmann. Als Beispiele aus der jüngeren Zeit, die vor allem auf Initiative der Kommunen zustande gekommen sind und von der AKDB erfolgreich in Bayern umgesetzt wurden, nannte der Minister den Einsatz elektronischer Lesestifte zur Vereinfachung der Wahlauszählung bei Kommunalwahlen, die Einführung einer bayernweiten Clearingstelle für Rückmeldungen bei Umzügen, die bayernweiten elektronischen Melderegisterauskünfte für Behörden und Private und die Einführung einer Landesfamilien-

kasse zur Auszahlung des Kindergelds für die Kinder von kommunalen Bediensteten. In einigen bedeutenden Bereichen wie der kommunalen Finanzwirtschaft, der Personalabrechnung, dem Einwohnerwesen oder auch der Kfz-Zulassung habe sich die AKDB in Bayern über die Jahre einen Marktanteil von 60 Prozent und mehr erarbeitet.

Überregionaler Erfolg

Nach Herrmanns Worten sieht die AKDB ihren Aufgabenschwerpunkt nach wie vor im Dienstleistungsangebot für die bayerischen Kommunen. Denn hier seien ihre Wurzeln. Die deutsche Einheit und die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik hätten allerdings dazu geführt, dass das Unternehmen auch in anderen Bundesländern mit zunehmendem Erfolg als Anbieter agiert. So habe der IT-Dienstleister in den vergangenen Jahren gemeinsam mit Partnern aus Baden-Württemberg, Hessen, dem Saarland und Niedersachsen ein Auskunftssystem für Melderegisterauskünfte aufgebaut.

Enge Zusammenarbeit

Auch der Freistaat Bayern bedient sich laut Minister der AKDB oder arbeitet mit ihr in vielerlei Hinsicht eng zusammen. So hat der Freistaat Ende der 90er Jahre mit dem Aufbau eines verwaltungsinternen Datennetzes, dem Bayerischen Behördennetz begonnen. Heute sind daran knapp 2.000 staatliche Dienststellen (Fortsetzung auf Seite 6)

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.



40 Jahre
Innovation
Effizienz

Lösungen
Erfahrung
Erfolgreich

Doppik-übergang

Doppik. Einfach mit der AKDB.

Für den Umstieg von der Kameralistik auf die Kommunale Doppik bietet Ihnen die AKDB ein Rundum-Sorglos-Paket. Über 80 Kommunalverwaltungen haben mit unserem Verfahren OK.FIS Doppik den Übergang sicher geschafft.

Schrittweise werden die Vermögens- und Anlagenbuchhaltung OK.FIS ANBU sowie die Kosten- und Leistungsrechnung OK.FIS KLR integriert. Am Ende läuft ein zukunftsfähiges System, das Ihnen mehr Informationen liefert für die transparente Steuerung Ihres kommunalen Finanzwesens.

Kommunale Doppik ist die Zukunft. Mit unserer Erfahrung und integrierten Lösungen kommen Sie sicher am Ziel an. Sprechen Sie mit uns: Telefon +49 89 5903-0.



www.akdb.de

Software, die dem Menschen dient!

Pressekonferenz von Bauindustrieverband und Umweltministerium:

Bauindustrie tritt dem Flächenspar-Bündnis bei

Tag für Tag werden in Bayern 16 Hektar Freifläche in Flächen für Siedlung und Verkehr umgewandelt. Das ist ein Areal, das größer ist als die Stadt Augsburg und der Fläche von 23 Fußballfeldern entspricht. Aufs Jahr gesehen, gehen so etwa 6000 Hektar freie Landschaft verloren. Um diesem Flächenverlust entgegenzutreten, ist der bayerische Bauindustrieverband (bbiv) dem bayerischen Bündnis zum Flächensparen beigetreten. Die Bauindustrie ist sicher, mit modernen Bautechnologien den Flächenverbrauch entscheidend verringern zu können. Flächensparender Umgang mit der Ressource Boden und moderne Bautätigkeit müssten nämlich keine Gegensätze sein, stellte bbiv-Präsident Thomas Bauer fest. Er unterstrich seine Aussage durch zahlreiche Vorschläge für die praktische Umsetzung.

Der Bauindustrieverband bestritt die Pressekonferenz anlässlich seines Beitritts zum Flächenspar-Bündnis gemeinsam mit dem bayerischen Umweltministerium. Zum Flächenverlust stellte Umweltstaatssekretärin Melanie Huml fest, der Flächenverbrauch sei Bayerns größte Herausforderung in der Umweltpolitik, denn die verloren gehenden Flächen fehlten für den Anbau von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen, für Grund- und Hochwasserschutz, für Arten- und Biotopschutz sowie für Freizeit und Erholung. Mit seinem Flächenverbrauch belege Bayern, zumindest unter den westlichen Bundesländern, den Spitzenplatz.

Ein Flächenspar-Bündnis wurde in Bayern als erstes Bundesland bereits 2003 von der Staatsregierung, Städten und Gemeinden sowie Umweltverbänden gegründet. Damals waren 23 Partner dabei, heute sind es bereits 43. Inzwischen sind mehrere Bundesländer dem bayerischen Aktionsbündnis gefolgt.

Für Bauer bildet das Bündnis ein Forum, um für Bayerns Städte und den ländlichen Raum moderne Strategien zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Siedlungsstrukturen und der Infrastruktursysteme voranzubringen. Die Bauindustrie sehe in dem Bündnis eine großartige Möglichkeit, attraktive und wirtschaftliche Lösungen einzubringen, die das Flächensparen mit dem Wissen und Können der Bauingenieure und mit dem Know-how der Bauindustrie zusammenbringen.

In einer gemeinsamen Erklärung stellen die Bündnispartner fest, jeder Hektar Fläche sei wertvolles Zukunftskapital und ein Stück lebenswerte Heimat. Böden seien eine zentrale Lebens- und

Wirtschaftsgrundlage, die auf der Basis des Leitbildes der Nachhaltigkeit auch künftigen Generationen erhalten bleiben müsse. Gesunde Böden und eine intakte Landschaft seien für die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt, des Trinkwassers, der Produktion von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen und zur Erholung unabdingbare Voraussetzung.

Potenziale nutzen

„Es ist daher notwendig, bei der Siedlungsentwicklung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit auf eine verstärkte Nutzung der vorhandenen innerörtlichen Potenziale hinzuwirken, Flächen sparende Bauweisen und darauf zugeschnittene Infrastrukturen weiter zu entwickeln und innovative Beispiele im Wohnungs- und Gewerbebau bekannt zu machen“, heißt es in der Erklärung. Individueller und gesamtwirtschaftlicher Wohlstand und eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen auf qualitativ hohem Niveau seien auch mit Flächen sparenden Lösungen möglich.

Bauen, so Bauer, sei die aktive Gestaltung der Umwelt und der Städte. Flächen sparender Umgang mit der Ressource Boden und die Bautätigkeit müssten keine Gegensätze sein. Es komme darauf an, den Siedlungsraum intensiver zu nutzen als bisher. Dazu sieht Bauer zahlreiche Möglichkeiten zur Optimierung der Flächenbewirtschaftung. Er nannte beispielhaft die Verlagerung von Verkehr und Parkraum in den Untergrund, den Abriss alter und schlechter Gebäude und ihren Ersatz durch neue, bei gleichzeitiger Verdichtung und Verbesserung der Wohnqualität, den Umbau von Gebäuden und Verkehrsinfrastruk-

turen aufgrund des demographischen Wandels, den Bau neuer Fabriken auf alten Industriegeländen statt der Ausweisung immer neuer Gewerbegebiete, die Optimierung der Platzausnutzung bei Industrieanlagen und Gewerbeimmobilien, die ökologische Begleitung von Baumaßnahmen und noch vieles mehr. Beim Bauen im Bestand, sei es die Sanierung, der Erhalt, die Modernisierung, der Ersatzneubau oder Umbau von Bauwerken gebe es überhaupt keine Flächeninanspruchnahme. Zu den hochkomplexen Bauaufgaben zählt Bauer auch die Beseitigung veralteter

blem der Flächenverschwendung und besseren Flächennutzung zu ändern. Es gelte, auf Alternativen bei der Nutzung hinzuweisen und hinzuarbeiten. Die Aufgabe könne nur freiwillig bewältigt werden, waren sich Huml und Bauer einig, auch wenn sich manche Umweltverbände schärfere Vorgaben etwa in den Baugesetzen wünschen.

Wichtige Maßnahmen

Das Bündnis habe mit eigenen Aktionsprogrammen schon wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, so Huml. So gebe es eine Ausstellung „Wie wohnen? Wo leben? Flächen sparen – Qualität gewinnen“, die seit 2006 bereits an 120 Orten gezeigt wurde und von Gemeinden gebucht werden kann. Infos gibt es auch im Internet unter (www.stmug.bayern.de/umwelt/boden/flaechensparen). Und alle zwei Jahre findet das „Bayerische Flächen-Forum“ für Bürgermei-

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme

www.renz-container.eu

Kopfbahnhöfe wie etwa in München und ihre Ersetzung durch Durchgangsbahnhöfe, gegebenenfalls auch unterirdisch. Als Negativbeispiel nannte Huml den Landkreis Bad Kissingen, wo 412 Hektar erschlossene Baugrundstücke einem tatsächlichen Wohnbedarf bis zum Jahr 2023 von 22 Hektar gegenüberstehen. Immer noch mehr Baugebiete auszuweisen, sei überflüssig. Es komme auf die bessere Innenentwicklung der Kommunen an. So könnten viele Kanäle und Leitungen heute gebaut und gewartet werden, ohne den Boden aufgeben zu müssen.

Mögliche Bündnisachsen

Viel Sparpotenzial sieht der Bauindustrie-Präsident auch in der Infrastruktur. So könne man unterschiedlich Nutzungsarten zu Bündnisachsen zusammenführen, indem man etwa Strom- und Datenleitungen entlang den Bahnstrecken verlegt oder Verkehrswege übereinander legt. Bereits versiegelte Flächen könne man nutzen, in dem man zum Beispiel große Parkplätze mit Solaranlagen überdacht. Die neuen Starkstromleitungen im Rahmen der Energiewende sollten größtenteils unter die Erde gelegt werden.

Huml und Bauer sehen in dem Bündnis keine Grundlage für neue Förderprogramme, sondern den Versuch, die Einstellung und Haltung der Bevölkerung zum Pro-

ster, Kommunalmitarbeiter, Planer und sonstige Interessierte statt, wo über Entwicklungen und gute Umsetzungsbeispiele informiert wird. Das nächste Mal tagt das Forum am 5./6. Oktober in der Sparkassen-Akademie in Landshut.

Nachdem der Flächenverbrauch in Bayern in der jüngeren Vergangenheit etwas gesunken war, stagniert er nun bei 16 Hektar. Es bleibt also noch viel zu tun. Der Bund hat sich jedenfalls das Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch von jetzt bundesweit 95 Hektar am Tag bis 2020 auf 30 Hektar zu verringern. Für Bayern würde das eine Reduzierung auf 5 Hektar pro Tag bedeuten.

Bayern hat eine Gesamtfläche von 7,055157 Millionen Hektar bzw. 70.551,57 Quadratkilometern. Davon entfielen nach Angaben im Statistischen Jahrbuch 2002 auf die Landwirtschaft 50,6 Prozent, auf Wald, Wasser und Erholungsflächen 37,1 Prozent, auf Gebäude, Freiflächen und Betriebsflächen 5,6 Prozent und auf sonstige Nutzung 2,1 Prozent. Das sind zusammen 95,4 Prozent. Die restlichen 4,6 Prozent beanspruchen Verkehrsflächen wie Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen usw. Davon entfallen auf Gemeindestraßen 3,3 Prozent, auf Bundes-, Staats- und Kreisstraßen 0,8 Prozent und auf Eisenbahnen, Wasserstraßen, Flughäfen usw. 0,5 Prozent. **dhg.**



Muntere Quizrunde im Rahmen des AKDB-Festabends. Von links: BR-Moderator Josef Böck, Miltenbergs Landrat Roland Schwing, Staatsminister a. D. Dr. Otto Wiesheu, Innenminister Joachim Herrmann und AKDB-Vorstandsmitglied Rudolf Schleyer. □

Moderne...

(Fortsetzung von Seite 5)

liten sowie sämtliche Kreisverwaltungsbehörden mit ca. 60 Prozent der kreisangehörigen Gemeinden angeschlossen. Mit ihrem Tochterunternehmen LivingData hat die AKDB einen wesentlichen Beitrag zur Anbindung des kommunalen Bereichs an das Bayerische Behördennetz geleistet. Auch bei Einführung der Doppik begleitete das Unternehmen eine ganze Reihe von Kommunen bei der Umstellung und tut das weiterhin. „Wenn es darum geht, Kommunen, Bürgern und Wirtschaftsunternehmen einen noch besseren Service zu bieten, stehen Freistaat und AKDB in der ersten Reihe“, bilanzierte Herrmann.

Stationen

Die einzelnen Stationen der AKDB, die sich vom ersten Tag an in einem wettbewerbsgeprägten Markt durchsetzen musste, zeigte Staatsminister a. D. und Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn AG a. D., Dr. Otto Wiesheu, auf. Die Ära der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) in den Kommunen begann laut Wiesheu kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. In Bayern beispielsweise verwendeten die größten Städte München, Nürnberg und Augsburg bereits 1947 EDV-Anlagen, die aus Tabelliermaschinen, Locher, Lochkartenleser, Mischer und Sortiermaschinen bestanden. Genutzt wurden die Systeme etwa zur Lohnabrechnung oder bei den Stadtwerken zur Verbrauchsabrechnung.

Bündelung der Aktivitäten

Dass es wirtschaftlicher wäre, die kommunale IT gemeinsam zu betreiben, habe auch damals auf der Hand gelegen, so Wiesheu. Deshalb bündelten der Bayerische Landkreisverband und der Gemeindetag Ende der 1960er Jahre ihre EDV-Aktivitäten in der kommunalen EDV-Zentrale Bayerns (KEZB), die somit als Vorläuferorganisation der AKDB gelten kann. Allerdings wurde die Einrichtung zentraler EDV-Anlagen vom Bayerischen Städtetag skeptisch gesehen und als mögliche Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung eingestuft.

Zerstört wurden diese Bedenken durch eine noch größere Drohung. Ende der 1960er Jahre plante der Bund ein neues Einwohnermeldewesen, bei dem die Einführung eines einheitlichen Personenkennzeichens ein wesentlicher Bestandteil sein sollte. Der Freistaat Bayern drängte die Kommunen nun massiv, eine gemeinsame Einrichtung zu schaffen, weil klar war, dass die Neuorganisation des Meldewesens nur unter Einsatz moderner Datentechnik und Software möglich ist. In einem Brief von Innenminister Bruno Merk an die kommunalen Spitzenverbände vom 14. Januar 1971 heißt es, an Stelle des gegenwärtigen Nebeneinanders verschiedener kommunaler EDV-Einrichtungen sollte eine

wirtschaftliche, überörtliche Institution gesetzt werden, die als IT-Dienstleister für alle Kommunen dient. Nur so könnten die Kommunen „sinnvoll und wirtschaftlich das modernste Verwaltungsmittel, das heute zur Verfügung steht, verwenden und sich nutzbar machen, ohne dass ihre Kompetenzen durch staatliche Reglementierung beschnitten werden müssen“.

Wink mit dem Zaunpfahl

Diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstanden die Kommunen sofort. So gründeten der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städteverband und der Landkreisverband Bayern innerhalb weniger Monate, am 12. Mai 1971, die AKDB. 1974 kam der Verband der bayerischen Bezirke als weiterer Träger hinzu.

Otto Wiesheu verwies darauf, dass für ihn die Entwicklung der IT auch im kommunalen Bereich nicht mehr am Anfang, aber auch längst noch nicht am Ende steht. Gerade die Herausforderungen der Zukunft wie die zunehmende Software-Industrialisierung, die erhöhten Ansprüche an Sicherheit, die Energiewende und die Herausforderungen des Web 2.0 erforderten eine immer stärkere interkommunale Zusammenarbeit. **DK**

Strategischer Partner für Kommunen

Die AKDB als IT-Dienstleister hat heute bundesweit rund 4.500 Kunden, in Bayern liegt der Marktanteil bei 60 Prozent. Die AKDB selbst hat 735 Mitarbeiter, im Unternehmensverband, zu dem die Tochterfirmen Tera Software, LivingData, DVKS und kommIT gehören, arbeiten fast 840 Beschäftigte. Das Unternehmen betreibt ein zentrales Service-Rechenzentrum in Bayreuth sowie ein Outsourcing-Rechenzentrum in Würzburg, für Kundennähe sorgen Geschäftsstellen in allen sieben bayerischen Bezirken. Bundesweit vertrieben werden die AKDB-Produkte von der Tochtergesellschaft kommIT mit Sitz in Köln.

Die AKDB versteht sich heute als langfristiger, strategischer Partner für Kommunen bei der Entwicklung und Pflege kommunaler Software und beim Angebot von Dienstleistungen. Das Unternehmen entwickelt Produkte für alle Bereiche der kommunalen Verwaltung, insbesondere die OK-Produktfamilie mit OK.FIS (Finanzwesen), OK.EWO (Meldewesen), OK.SOZIUS (Sozialwesen) oder OK.VORFAHRT (Verkehr). Zudem vertriebt die AKDB Software verschiedener Partnerfirmen. Im Jahr 2010 erwirtschaftete die AKDB einen Umsatz in Höhe von rund 76 Mio. Euro. **DK**

Karneval, Rio de Janeiro?



Faschingszug, Nürnberg!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN
LIVE

Weltweit einmalig – Die Kita im Stadion

Spektakuläres Projekt beim FC St. Pauli und die unterfränkische Firma eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG mittendrin

Das Dach als Spielwiese, zwei Etagen Budenzauber, der Ausblick ein Volltreffer – Mitte November eröffnete am Millerntor in Hamburg das „Piraten-Nest“. Eine Kita in einem Profistadion – das gibt es bisher wohl nur beim FC St. Pauli.

Über 260 Quadratmeter erstreckt sich der Dachspielgarten des „Piraten-Nests“. 100 Kinder können hier auf 900 Quadratmetern herumdröbeln.

In manchen der 16 Gruppenräume (einige davon mit Blick auf den Rasen) stehen Möbel von der Firma eibe aus Röttingen. 5 Krippenräume, 2 Gruppenräume im Elementarbereich, 3 Ruheräume, 2 Garderoben und 2 Sanitäräume im Krippenbereich wurden komplett mit eibe Möbeln und Spielgeräten ausgestattet. Wir sind stolz, an einem so einmaligen Projekt beteiligt zu sein.

Betrieben wird das 2,5 Millionen-Euro-Prunkstück von der Pestalozzi-Stiftung Hamburg. Zwischen Süd- und Haupttribüne des Stadions kümmern sich 14 Erwachsene um die Steppes zwisch

schon 0 und 6 Jahren (Krippen- und Elementarbereich). Von 7 bis 18 Uhr können die Kinder nach Herzenslust spielen, toben oder auch einfach ausruhen.

Freiräume nutzen

Aber nicht nur in der Woche können die Kleinen hier ihre Freiräume nutzen. Für die Bundesligapartien der Kiez-Kicker hat sich der FC St. Pauli etwas Besonderes einfallen lassen. Die Kleinsten, denen die Fußballprofis noch relativ egal sind, werden betreut, während ihre Eltern vom Spielbalkon aus Fußball gucken. Die 220 Plätze der Tribünecke sollen mit Kindern des „Rabauken Kids-Club“ besetzt werden. Eine tolle Idee, die nicht nur St. Pauli-Fans komplett begeistert.



Graeff schafft Räume, die unbeschwertes Spielen und spielerisches Lernen ermöglichen.

Betreuungsplätze für Kleinkinder:

Anspruch ab 2012 per Gesetz geregelt

Graeff bietet Lösungen im modularen System

Mannheim. Eltern werden ab 2012 in Deutschland einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab zwei Jahren haben. Es ist für die in der Pflicht stehenden Kommunen aus vielerlei Gründen eine Herausforderung, diese Ansprüche zu erfüllen. Auswege zeigt hier, sowohl unter technischen als auch unter finanziellen Aspekten, das breite Spektrum an Baulösungen, das der Mannheimer Modulbauspezialist Graeff GmbH für Kindergärten und Kindertagesstätten anbietet.

Kommunale und private Auftraggeber nutzen dieses Know-how, um die gesetzlichen Vorgaben zum Betreuungsangebot zu erfüllen. Es handelt sich dabei in den allermeisten Fällen nicht um Interimslösungen, sondern um Projekte für den langfristigen Bedarf. Graeff bietet seinen Kunden unterschiedliche Finanzierungsmodelle wie Kauf, Mietkauf oder Leasing.

Graeff arbeitet seit Jahren vertrauensvoll mit den Verwaltungen von Kommunen im gesamten Bundesgebiet und hat sich wegen der hohen Qualität und der Wirtschaftlichkeit der Bauleistungen einen guten Namen erarbeitet.

Einrichtungen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter müssen für das Verhalten und für das Sicherheitsbedürfnis dieser Altersstufe konzipiert sein. Graeff passt seine Module, auf der Basis der Erfahrung aus dem Bau von Betreuungseinrichtungen für

Kommunen, kirchliche Träger und Industrieunternehmen, laufend an und schafft so Räume, die unbeschwertes Spielen und spielerisches Lernen ermöglichen. Das gilt für die technische Ausstattung der Räume ebenso wie für die kindgerechte Auswahl an Materialien und Farben im und am Gebäude.

„Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, wenn wir für Kinder bauen. Den guten Ruf, den wir uns in diesem Bereich erworben haben, wollen wir bei jedem neuen Projekt untermauern. Deshalb arbeiten wir ständig an der Entwicklung unserer Module, um den Kindern und ihren Betreuern das Beste zur Verfügung zu stellen“, führt Franz Schoppe, der Geschäftsführer des Unternehmens, aus. „Dieses umfassende Know-how beim Kindergarten-, aber auch beim Schulbau, haben uns zu einem der führenden Anbieter derartiger Einrichtungen gemacht.“

Bund-Länder-Grundprogramm der Städtebauförderung:

8,5 Millionen Euro für bayerische Kommunen

„Wir unterstützen die bayerischen Kommunen im 40. Jubiläumsjahr der Städtebauförderung mit rund 8,5 Millionen Euro aus dem Bund-Länder-Grundprogramm. Mit dem kommunalen Eigenanteil stehen somit gut 14 Millionen Euro für städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen bereit“, teilt Innenminister Joachim Herrmann mit.

„Mit dem erfolgreichen Grundprogramm können wir 2011 77 Maßnahmen in 71 Kommunen fördern. In den vergangenen 40 Jahren sind mehr als 1,75 Milliarden Euro Städtebauförderungsmittel aus dem Grundprogramm in 424 bayerische Kommunen geflossen. Das damit angestoßene Investitionsvolumen ist um ein Vielfaches höher“, erläuterte Herrmann.

Herrmanns Appell

Der Bund hat 2011 seine Mittel für die städtebauliche Erneuerung deutlich auf nur noch 455 Millionen Euro gekürzt. Für 2012 plant er weitere tiefe Einschnitte. Demnach sollen dann nur noch 265 Millionen Euro Städtebauförderungsmittel des Bundes bereitstehen. Diese erneute drastische Kürzung ist unzumutbar für die Länder. Der Freistaat Bayern bekennt sich ausdrücklich zur Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Der Innenminister rief den Bund auf, seine Mittel wieder auf das Niveau von 2010 anzuheben. Der Freistaat stellt für die Maßnahmen der Kommunen eigene Mittel in jeweils gleicher Höhe wie der Bund bereit.

Die Liste der Programmkommunen und der zur Verfügung stehenden Fördermittel ist abrufbar unter:

www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/programme



Selbst aktiv bewegen – nicht nur auf dem Rasen möglich.

Konjunkturpaket II:

Bereits über 680 Mio. Euro ausbezahlt

Die Abwicklung des Konjunkturpakets II des Bundes kommt in Bayern sehr gut voran. Innenminister Joachim Herrmann: „Zum Ende des Monats April 2011 hatten der Bund und der Freistaat bereits über 680 Millionen Euro Fördermittel ausgezahlt. Das ist rund die Hälfte des für kommunale Maßnahmen in Bayern bewilligten Geldes. Insgesamt fließen in kommunale Investitionen in allen Regionen Bayerns rund 1,4 Milliarden Euro – einschließlich der Kofinanzierungsmittel des Landes und des jeweiligen Projektträgers.“

Für die verbleibenden Mittel appelliert Herrmann an die Projektträger, die Verwendungsnachweise rechtzeitig vor Jahresende einzureichen, damit die Fördermittel fließen können. Die in das Konjunkturpaket II aufgenommenen Maßnahmen müssen spätestens in diesem Jahr abgeschlossen werden. Bundesmittel dürfen nach dem 31. Dezember 2011 nicht mehr zur Auszahlung angeordnet werden.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II stellt der Bund den Kommunen und Ländern insgesamt 10 Milliarden Euro Finanzmittel für zusätzliche Investitionen in die Bildungsinfrastruktur und die sonstige öffentliche Infrastruktur zur Verfügung. Einschließlich der Kofinanzierungsmittel des Landes und des jeweiligen Projektträgers summieren sich die Investitionsmittel auf über 13,3 Milliarden Euro. Für Bayern ergeben sich rund

1,96 Milliarden Euro, von denen rund 70 Prozent für kommunale Investitionen in den zentralen Zukunftsbereichen Bildung, Forschung Klimaschutz und Infrastruktur eingesetzt werden.

Im Bereich der energetischen Modernisierung der Infrastruktur in Kommunen stehen allein für 1.500 Vorhaben wie Schulen, Kindertageseinrichtungen und überwiegend schulisch genutzte Sportstätten sowie kommunale Verwaltungsgebäude rund 790 Millionen Euro zur Verfügung. Von diesen Mitteln wurden bereits mehr als 464 Millionen Euro ausgezahlt und sind somit konjunkturwirksam geworden. Herrmann: „Entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des Konjunkturpakets II ist dessen unverzügliche Umsetzung. Schließlich soll das Geld möglichst rasch bei den Unternehmen und dem Handwerk ankommen.“

Archäologentag in Deggendorf

Bereits zum 30. Mal fand in Deggendorf der Niederbayerische Archäologentag statt. Auch heuer bot er den rund 300 Interessierten die neuesten Grabungsergebnisse und dies als einzige jährliche Veranstaltung dieser Art in Bayern. Dabei wurden einmal mehr wichtige Untersuchungen in einen größeren überregionalen Rahmen eingefügt. Durchgeführt wurde der Archäologentag gemeinsam von der Gesellschaft für Archäologie in Bayern, der Kreisarchäologie Deggendorf, der Volkshochschule Deggendorfer Land und dem Geschichtsverein für den Landkreis Deggendorf.

Eröffnet wurde der Niederbayerische Archäologentag von Regierungsvizepräsidentin Monika Weigl und Prof. Bernd Päffgen, dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Archäologie in Bayern. Den daran anschließenden Abendvortrag mit dem Titel „Krieger – Feste – Wagenfahrer“ hielt Prof. Markus Egg vom renommierten Römisch-Germanischen Zentralmuseum Mainz zusammen mit Aline Deicke, ebenfalls aus Mainz.

Die Basis dieses Vortrags bildeten die Entdeckungen reich ausgestatteter Kriegergräber im großen bronze- und eisenzeitlichen Gräberfeld von Künzing, deren Inventare in Mainz restauriert und von Aline Deicke im Rahmen einer Magisterarbeit behandelt wurden. Die Statussymbole ihrer Ausstattung und deren Einbindung in ein überregionales, weit über Künzing hinaus reichendes Beziehungsgeflecht zeugen vom hohen Rang der hier bestatteten Personen.

Am zweiten Veranstaltungstag wurden Kurzberichte zu neuen Grabungs- und Forschungsergebnissen in Niederbayern gegeben,

unter denen besonders die Rettungsgrabungen in einem Kiesgrubengelände bei Atting im Landkreis Straubing-Bogen mit einer großen Zahl von Holzbrunnen und der Überblick über neue Erkenntnisse zur Siedlungsgeschichte durch Untersuchungen in Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu nennen sind. Auch die Grabungsergebnisse im Östlichen Stadtgraben von Deggendorf wurden dargestellt.

Den diesjährigen Schwerpunkt bildeten zusammenfassende Darstellungen der Befestigungen des 8. bis 10. Jahrhunderts, die in einem überregionalen Forschungsprojekt unter Einbindung naturwissenschaftlicher Methoden bearbeitet werden. Hierzu konnten Experten aus Jena, Regensburg, München und Wien gewonnen werden. Ausgangspunkt für dieses Schwerpunktthema waren Magnetometerprospektionen an zwei Befestigungen in Landkreis Deggendorf, die zu einer erheblichen Erweiterung des Wissens um die Strukturen dieser Wehranlagen beitrugen.

LEW
Lechwerke

LEW INNOVATIONSPREIS
KLIMA UND ENERGIE.

JETZT
BEWERBEN

Die Auszeichnung für innovative Projekte aus den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz. Dotiert mit insgesamt 45.000 Euro.

Mehr Infos und Teilnahmeunterlagen unter www.lew.de/innovationspreis

Augsburger Allgemeine
Alles was uns bewegt

IHK Schwaben

UNA
Universität Augsburg
University

Hochschule Augsburg
University of Applied Sciences

hwk
Handwerkskammer für Schwaben

110
JAHRE
LECHWERKE
1901 - 2011

Ihr Partner für Kommunale Bauten

Technikräume für Photovoltaik- und Elektroanlagen etc.

- Stahlbetonfertigbauweise
- individuell geplant
- ruckzuck montiert



84323 Massing · Bahnhofstraße 8 · Tel. 08724 / 88-0 · www.Laumer.de

Bayerischer Gemeindetag:

Wasserwirtschaft im Fokus

41. Seminar für Führungskräfte der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft in Bad Wiessee

Erneut abwechslungsreich war die Themenpalette des Seminars für Führungskräfte der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft in Bad Wiessee. Bei der von „ipse“, der Service GmbH des Bayerischen Gemeindetags für Kommunen in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag durchgeführten fünftägigen Veranstaltung unter der bewährten Seminarleitung von Direktor Dr. Heinrich Wieth-Körprich standen Fachleute aus Ministerien, Ämtern und der privaten Wirtschaft zu aktuellen technischen, rechtlichen und organisatorischen Fragen der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft Rede und Antwort.

Die Themen reichten von der „Unternehmensführung im Spannungsfeld zwischen Gewinnorientierung und sozialer Verpflichtung“ – zu diesem Thema konnte als prominenter Referent der Präsident des FC Bayern München, Uli Hoeneß gewonnen werden – über Benchmarking Abwasser Bayern, Kommunalabgabenrecht, Grundstücksentwässerungsanlagen, Wasserwerksnachbarschaften und Energieeinsparung in der Wasserwirtschaft bis hin zu Kreditaufnahme bei privaten Beteiligungen, Förderung von Sanierungen, Vergaberecht, EU-Beihilfen, Aktuelles zur Trinkwasserverordnung sowie Demographie und Personalentwicklung.

Benchmarking

Im Mai 2007 haben der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, der DWA Landesverband Bayern und das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit in einer gemeinsamen Erklärung das Projekt „Benchmarking Abwasser Bayern“ ins Leben gerufen. Beim Benchmarking können sich die bayerischen Abwasserentsorger systematisch miteinander vergleichen. Nicht nur die Teilnehmer profitieren davon, dass sie eigene Schwächen erkennen und vom Besten lernen können, der Verbesserungsprozess soll auch zu einem effizienteren Betrieb und damit zu Entlastungen der Bürger führen.

Kriterien

Das Projekt berücksichtigt die Kriterien Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Qualität, Kundenservice und Nachhaltigkeit der Abwasserentsorger unter Berücksichtigung individueller Strukturdaten. Ziel ist ein flächendeckendes Benchmarking in Bayern, das auf einer freiwilligen Teilnahme der Betreiber abwassertechnischer Anlagen aufbaut. Bislang haben sich am Projekt 218 Unternehmen beteiligt.

Im Frühjahr/Sommer 2011 wird das Benchmarking Abwasser Bayern fortgesetzt. Erste indi-

viduelle Ergebnisse liegen im Herbst/Winter 2011 vor. Mit der öffentlichen Präsentation des Gesamtberichts „Benchmarking Abwasser Bayern“ wird im Frühjahr

Vergaberechts und des EU-Beihilfenrechts informierten Kerstin Stuber, Verwaltungsdirektorin beim Bayerischen Gemeindetag und Direktor Heinrich Wieth-Körprich. Was die kommunalen Grundstücksgeschäfte anbelangt, so stellen sich laut Bayerischem Gemeindetag für die praktische Abwicklung von Grundstücksverkäufen der Kommunen in vergaberechtlicher Hinsicht vor allem zwei Fragen: Wann liegt ein unmittelbar wirtschaftliches zugekommen vor? Und: Wann handelt es sich um eine einklag-



V. l.: Gemeindetagsdirektor Heinrich Wieth-Körprich, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern München, Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl und Peter Höß, Erster Bürgermeister von Bad Wiessee. □

2012 die dritte Projektrunde abgeschlossen.

Außenwirkung

Wie die Podiumsteilnehmer Prof. Dr.-Ing. Frank-Wolfgang Günther, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Peter Graf, Geschäftsführer Aquabench GmbH Köln und Peter Maier, Geschäftsleiter, Abwasserzweckverband Erdinger Moos, betonten, gelte es, die Wahrnehmung der Abwasserunternehmen in der Außenwirkung zu gestalten. Es dürfe nicht nur auf Anfragen und herangetragene Probleme reagiert werden, auch dürften sich die Abwasserentsorger nicht „nur“ auf die Gebührenhöhe reduzieren lassen. Vielmehr sei das Augenmerk auf das komplette Aufgaben- und Leistungsspektrum der Abwasserbeseitigung zu lenken und die Verzahnung zwischen Leistungen und Kosten/Gebühren darzustellen. Nicht nur hierfür sei das Benchmarking Abwasser geeignet.

Über aktuelle Rechtsfragen des

bare Bauverpflichtung? Beide Voraussetzungen müssen kumulativ gegeben sein, ansonsten liegt kein öffentlicher Bauauftrag im Sinne des Vergaberechts vor.

Interpretation

Zur Interpretation dieses Begriffs äußert sich der EuGH in seinen Urteilsgründen: Dieses wirtschaftliche Interesse ist eindeutig gegeben, wenn vorgesehen ist, dass der öffentliche Auftraggeber Eigentümer der Bauleistung oder des Bauwerks wird, die bzw. das Gegenstand des Auftrags ist. „Ein solches wirtschaftliches Interesse lässt sich ebenfalls feststellen, wenn vorgesehen ist, dass der öffentliche Auftraggeber über einen Rechtstitel verfügen soll, der ihm die Verfügbarkeit der Bauwerke, die Gegenstand des Bauauftrags sind, im Hinblick auf ihre öffentliche Zweckbestimmung sicherstellt.“

Das wirtschaftliche Interesse kann zudem in wirtschaftlichen Vorteilen, die der öffentliche Auf-

traggeber aus der zukünftigen Nutzung oder Veräußerung des Bauwerks ziehen kann, in seiner finanziellen Beteiligung an der Erstellung des Bauwerks oder in den Risiken, die er im Fall eines wirtschaftlichen Fehlschlags des Bauwerks trägt, bestehen.

Frage der Auslegung

Es stellt sich deshalb stets die Frage, wann lediglich eine Ausübung städtebaulicher Regelungszuständigkeiten vorliegt und wann von einem im oben beschriebenen Sinne unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse ausgegangen werden kann. Nach Auffassung des Bayerischen Gemeindetags ist bei der Auslegung zu berücksichtigen, dass die europäischen Richter ausdrücklich von einem unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse sprechen und gerade mittelbare wirtschaftliche Vorteile nicht ausreichen sollen. Dementsprechend kann der Verkauf eines Grundstücks zum Zwecke der Bebauung durch einen privaten Investor für Gewerbezwecke, Einzelhandel, Hotel etc. auch kein unmittelbares wirtschaftliches Interesse bedeuten, denn die Gemeinde erwirbt weder Eigentum noch sichert sie sich irgendeine Verfügbarkeit für öffentliche Zwecke. Die Ansiedlung von Gewerbesteuerzahlern kann lediglich als mittelbares Interesse gesehen werden.

Soweit das Grundstück zum Marktwert verkauft wird, liegt auch keine finanzielle Beteiligung der Kommune vor. Der Bayerische Gemeindetag rät daher den Kommunen, von ihren bauleitplanerischen Kompetenzen Gebrauch zu machen, um nicht bereits auf Grund einer theoretisch möglichen höherwertigen Nutzung nach vorhandenem Baurecht in den Verdacht einer finanziellen Beteiligung zu geraten.

Beispielfälle

Aber auch der Verkauf zum Zwecke einer späteren Bebauung, die den Bereich der kommunalen Aufgaben betrifft, ist unschädlich, soweit es sich um private Träger handelt und sich die Kommune keine Einflussmöglichkeiten auf den Betrieb zusichern lässt, so der Verband. Als Beispielfälle seien hier zu nennen der Verkauf des Grundstücks zum Zwecke der Errichtung eines Altenpflegeheims oder einer Kindertageseinrichtung. Eine Differenzierung dergestalt, wonach zwischen kommunalen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben unterschieden werden soll, lehnt der Bayerische Gemeindetag ausdrücklich ab. Auf seine Anregung hin hat das Bayerische Innenministerium in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Handreichung für die Kommunen erarbeitet, die ihnen die Auslegung des Auftragsbegriffs unter Berücksichtigung der vom Europäischen Gerichtshof aufgestellten Leitsätze erleichtern soll.

Feuerwehrtkartell

Im Streit um das Feuerwehrtkartell streben die Kommunen eine außergerichtliche Einigung mit den vier Herstellern von Einsatzfahrzeugen an, die über Jahre hinweg Preisabsprachen getroffen haben, erläuterte Wieth-Körprich. Dazu wird zunächst ein Gutachten erstellt, um den Schaden beziffern zu können.

Zum Hintergrund: Das Bundeskartellamt hat am 10. Februar 2011 mittlerweile rechtskräftig gewordene Bußgelder in einer Gesamthöhe von 20,5 Millionen Euro gegen drei Hersteller von Feuerwehrlöschfahrzeugen verhängt. Gegen den vierten Hersteller dauert das Verfahren voraussichtlich bis Sommer 2011 noch an. Die am Kartell beteiligten Unternehmen haben nach Auskunft

Süd- und Ostbayerische Wassertagung 2011 in Landshut:

Aktuelles Potpourri

Eine gelungene Premiere feierte die zweitägige Süd- und Ostbayerische Wassertagung mit angeschlossener Messe in Landshut. Etwa 2500 Besucher füllten die Sparkassenarena, rund 120 Aussteller waren gekommen, um ihre Produkte zu präsentieren. Die Veranstaltung wurde von der Arbeitsgemeinschaft Wasser/Abwasser Niederbayern/Oberpfalz ins Leben gerufen. Als Kooperationspartner traten der Bayerische Gemeindetag, die Wasserwerksnachbarschaften Bayern e.V., der Umweltcluster Bayern, Möslein Wassertechnik, der Berufsverband Bayerischer Hygieneinspektoren e. V. und der Schwimmbad Fachverband e. V. auf.

Das Vortragsprogramm gliederte sich in die Bereiche Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und Bäderwirtschaft. Während man Tag 1 den Themen „Wasserver- und Entsorgung in Megacities der Zukunft“, „Auswirkungen des Klimawandels“, „die Kläranlage im ländlichen Bereich als Energiezentrale“, „Wasserwirtschaft in Bayern: Stand und Herausforderung“ sowie „Aktuelles Potpourri aus dem Bereich Wasserver- und Entsorgung“ widmete, nutzte man seitens der Wasserwerksnachbarschaften den zweiten Veranstaltungstag für ein umfangreiches Schulungsprogramm. Darüber hinaus wurde die Wasser- und Abwasserhygiene ins Visier genommen sowie an beiden Tagen im Rahmen des Süddeutschen Bäderkongresses die für diesen Bereich relevanten Themen von kompetenten Referenten aufgegriffen.

Gegen Liberalisierung

In seiner Begrüßungsansprache nutzte der Oberbürgermeister der Stadt Landshut Hans Rampf die Gelegenheit, sich gegen die Liberalisierung in der Wasserwirtschaft zu wenden, da in diesem Fall an der Daseinsvorsorge vorbei agiert werde und man sich in Abhängigkeiten von Wirtschaftsunternehmen begeben, was in den Energieversorgungsbereichen schon geschehen sei.

Rampf verwies auf Negativbeispiele und bezeichnete diese Liberalisierungsbestrebungen als einen der größten Fehler in der Geschichte der Europäischen Union. Stolz zeigte er sich jedoch angesichts der hervorragenden Trinkwasserqualität in Bayern, die es zu erhalten gelte. Um diesen Standard beizubehalten, müssten zum einen Betreiber, Kommunen und Behörden zusammenarbeiten und zum anderen sollte man über gut ausgebildetes Fachpersonal verfügen, bemerkte der Sprecher des Umwelt-Clusters Dr. Hans Huber.

Regeln beachten

Der Vertreter der bayerischen Hygieneinspektoren Dirk Rieb erinnerte daran, wie wichtig auch heute die Beachtung der einschlägigen Regeln sei. Um nun all diese Vorteile ins richtige Licht zu setzen, appellierte der erste Vorsitzende der ARGE Alfons Lang an die Anwesenden, aktiv in die Werbung einzutreten, um auf diese Weise weitere „Kunden“ zu gewinnen, die das Lebensmittel Nummer eins aus der Leitung als

des Bundeskartellamts seit mindestens 2001 bis Mai 2009 verbundene Quotenabsprachen (Sollquoten) vorgenommen. Dabei sind die kommunalen Ausschreibungen von Feuerwehrlöschfahrzeugen in Deutschland untereinander aufgeteilt worden.

Das Kartell hat laut Gemeindetag 90 Prozent des Marktes abgedeckt. Bayerische Gemeinden hätten 900 Autos zu überteuerten Preisen gekauft. Der Verband rät, den Kauf neuer Feuerwehrautos aufzuschieben, bis in dem Fall rechtliche Sicherheit besteht. Wer bei den Anbietern ein Feuerwehrauto kauft, die am sog. Kartell beteiligt sind, begehe eine schwere Verfehlung im Sinne des Vergaberechts. **DK**

das Getränk Nummer eins favorisieren.

Die Schirmherrschaft für die Wassertagung hatte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl übernommen. In seiner Rede hob er die Notwendigkeit hervor, Wasser- und Abwasserbeseitigung in kommunaler Hand zu belassen. Zudem sprach er sich gegen eine Liberalisierung der kommunalen Versorgungsnetze aus.

Brandl zufolge ist das Ansehen der Wasserversorgung in Bayern derzeit recht hoch. Allorten werde Wasser in bester Trinkwasserqualität geliefert. Die Preise lägen im deutschlandweiten Vergleich niedrig. Während der Kubikmeter Trinkwasser im Freistaat im vergangenen Jahr durchschnittlich 1,38 Euro gekostet habe, „liegt der letzte mir zugängliche durchschnittliche Kubikmeterpreis für Deutschland, bezogen auf das Jahr 2007, bei 1,60 Euro, also 22 Cent über dem bayerischen Wert“.

Branchenbild 2011

Soeben sei das Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2011 erschienen. Dieses werde von den Verbänden zur Wasserversorgung in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag sowie Deutschen Städte- und Gemeindebund herausgegeben. Laut Brandl schmeicheln die Kernausagen der Branche insgesamt: „Deutschland besitzt eine komfortable Ressourcensituation, die gesetzlichen Vorgaben zur Trinkwasserqualität werden flächendeckend eingehalten und dem Bürger steht Trinkwasser in hervorragender Qualität und ausreichender Menge zur Verfügung.“

Trinkwasserverordnung

Der neuen Trinkwasserverordnung, die noch immer nicht in Kraft gesetzt sei, blicke man dagegen „mit gemischten Gefühlen“ entgegen, fuhr der Gemeindetagschef fort. Auch sei derzeit noch reichlich unklar, wie stark die Wasserversorger von den Änderungen betroffen sein werden. Zwar sei einiges bei den Untersuchungspflichten hinsichtlich künstlicher Radioaktivität zurückgenommen worden. Dennoch werde es erstmals einen Grenzwert für natürliches Uran und strengere Grenzwerte unter anderem für Blei und Kadmium und Sulfat geben. Brandl: „Dies mag wasserwirtschaftlich alles seine Berechtigung haben. Solche Veränderungen gehen jedoch mit erhöhten bürokratischen Hürden einher. Die Neugier des Bundes wird sich bei uns bemerkbar machen über deutlich erhöhte Dokumentationspflichten.“ In jedem Fall, so der Präsident weiter, „bitte sind die kommunalen Gesundheitsverwaltung, dass sie sich frühzeitig zu den Auswirkungen erklärt und den Versorgern ausreichend Zeit zur Anpassung an die neue Rechtslage gibt“.

Brandl warnte die Staatsregierung davor, Verschärfungen bei Entschädigungen für Grundstückseigentümer in Wasserschutzgebieten auf die Bürger umzulegen. Er lehne eine angemessene Entschädigung nicht ab, machte der Verbandschef deutlich; doch dürfe es keine für eine Nutzung sein, die eigentlich gar nicht möglich ist. **KI**

DIRINGER & SCHEIDEL
ROHR SANIERUNG

D&S

Wilhelm-Wundt-Straße 19 · 68199 Mannheim
Tel.: 0621 8607440 · Fax: 0621 8607449
zentrale.rohrs@nus.de
www.dus-rohrsanieung.de

Mobile Fabrik: DS EpoxyLiner maßgefertigt.

Mercedes-Benz:

60 Jahre Unimog

Anfang Juni 1951 lief der erste Unimog vom Band

Das Mercedes-Benz Werk Wörth feierte groß: Vor genau 60 Jahren, im Juni 1951 lief in Gaggenau der erste Mercedes-Benz Unimog vom Band. Mit extremer Geländegängigkeit und Schnellaufhängungen auf der Straße war ein einzigartiges Fahrzeugkonzept entstanden, das dem Unimog in den zurückliegenden sechs Jahrzehnten den Status einer Automobilliege verschaffte. Das Werk Wörth, das den Unimog seit 2002 fertigt, feierte dieses Jubiläum gleich mit mehreren Veranstaltungen: Erst mit einem Unimog Performance Day sowie einem großen Galaabend. Anschließend lud das Jubiläumfest „Fans & Friends“ Unimog-Liebhaber zu einem großen Treffen historischer und aktueller Unimog ein.

Der Startschuss des Jubiläumswochenendes fiel jüngst mit dem Unimog Performance Day, bei dem der Unimog im Off-Road Parcours einmal mehr seine herausragenden Geländeeigenschaften unter Beweis stellen konnte. Den Teilnehmern wurde ein umfassender Überblick über die unterschiedlichen Anwendungsgebiete, das Sicherheitskonzept und zukünftige Schwerpunkte in der Nutzfahrzeugentwicklung ermöglicht.

„John Wayne der Nutzfahrzeuge“

Feierlicher Höhepunkt war die Galaveranstaltung: Über 400 Gäste feierten im Werk Wörth das Jubiläum. In einem Video-Statement würdigte Dr. Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender

der Daimler AG den Jubilar: „Für mich ist der Mercedes-Benz Unimog weit mehr als ein allradgetriebener Lkw. Er ist der John Wayne unter den Nutzfahrzeugen - frei nach dem Motto: Ich brauch' keine Straße, ich brauch' nur einen Auftrag.“

Designstudie

Das Highlight des Abends war die exklusive Enthüllung einer spektakulären Designstudie, die in Zusammenarbeit der Daimler Nutzfahrzeugdesigner mit der MBS-Entwicklung entstand. Die Studie überrascht durch ein eindrucksvoll dynamisches, ausdrucksstarkes „Gesicht“ und entspricht der zukünftigen Formensprache des Mercedes-Benz Nutzfahrzeug-Designs.

Yaris Pürsün, Leiter Mercedes-



Auch im Rahmen eines Unimog-Stammtisches in München wurden 15 Fahrzeuge fast aller Baureihen, vom U2010, MBTrac bis zum U140, aus München und Bad Tölz, Ammersee und Schäftlarn präsentiert. Foto: Vogler/Unimog-Heft'1

Benz Werk Wörth und Mercedes-Benz Special Trucks: „Das Ergebnis ist durch und durch gelungen. Zukunft trifft Historie - die Designstudie ist ein weiterer Meilenstein in der Erfolgsgeschichte unseres Unimog und steht für die Innovationskraft von Mercedes-Benz Special Trucks.“

Jubiläumfest „Fans and Friends“

Das Jubiläumfest, das im Mercedes-Benz Werk Wörth stattfand, begeisterte durch attraktive Programmpunkte, die die Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten, das einzigartige Fahrzeugkonzept sowie die Langlebigkeit des Unimog unterstrichen. Neben einer großen Ausstellung historischer Unimog-Fahrzeuge gab es spektakuläre Demonstrationen auf dem Geländeparcours, eine Vergleichsvorführung „Alt gegen Neu“, eine Show „Vielseitigkeit des Unimog“ und die Möglichkeit zur Produktionsbesichtigung.

Universal-Motor-Gerät

Die Begeisterung für das „Universal-Motor-Gerät“ – kurz Unimog - hat früh eingesetzt und hält bis heute an, sowohl in der Alltagswelt bei Fahrzeughaltern und Fahrern als auch im Hobbybereich bei tausenden Liebhabern, die einen Unimog als Oldtimer ihr Eigen nennen. Genau 60 von ihnen nahmen denn auch an der Unimog Sternfahrt teil, die von dem früheren Produktionsstandort Gaggenau, über das Unimog-Museum in Bad Rotenfels zum Werk Wörth führte, wo der Unimog heute produziert wird.

10.000 Unimog

Und noch ein Jubiläum stand auf dem Programm: Vor der Kulisse der Designstudie und der großen Unimog-Familie übergab Michael Dietz, Leiter Vertrieb und Marketing Mercedes-Benz Special Trucks, den 10.000 Uni-

mog der neuen Geräteträgerbaureihe an Dr. Dietmar Tschenett, Leiter Fahrzeug- und Maschinenlogistik der Tiroler Landesregierung.

Weltweit Imagerträger

Michael Dietz: „Unser Unimog hat sich in den zurückliegenden 60 Jahren als Botschafter und Imagerträger der Marke Mercedes-Benz weltweit einen Namen gemacht. Ob bei zahlrei-

chen Kommunen und Lohnunternehmen in Europa, wie in diesem Falle als zuverlässige Arbeitsmaschine in den Tiroler Bergen, unter extremen Bedingungen bei der Erdölexploration in der chinesischen TaklaMakan-Wüste oder als robustes Reisemobil in Down Under.“ Die Tiroler Landesregierung ist langjähriger Kunde von Mercedes-Benz Special Trucks und hat bereits eine Vielzahl von Unimog im Einsatz. □

Kommunal Live

Kommunal- und Flughafenfahrzeuge der Daimler AG
Jüngst präsentierte die Daimler AG auf der Kommunal Live und Airport Live 2011 gemeinsam mit rund 50 Partnern aus der Aufbauindustrie auf dem 20.000 Quadratmeter großen Gelände des ADAC Fahrsicherheitszentrums Hannover-Messe/Laatzten etwa 150 Kommunalfahrzeuge und innovative kommunaltechnische Lösungen.

Beim Branchentreff, zu dem erneut ca. 1.000 Fachbesucher pro Tag empfangen wurden, sind komplett aufgebaute Fahrzeugkombinationen zu sehen, die als Kehrmaschinen und Hubarbeitsbühnen, Flugzeug-Catering-, Winterdienst-, Abfallsammel-, Kanalreinigungs- und Unterhaltungsfahrzeuge alle wichtigen Einsatzbereiche abdecken. Neben den Lkw-Modellen von Mercedes-Benz wie Actros, Axor und Atego waren in Hannover auch die Sonderfahrzeuge Econic, Unimog und Zetros gut vertreten. Hinzu kam die in der Truck-Sparte der Daimler AG vollintegrierte Konzern-Marke Fuso, die mit neuen umweltfreundlichen Canter-Modellen präsent war.

Zu den profilierten Aufbau- und Ausrüstungsspezialisten, die ihre kommunalspezifischen Lösungen in Hannover vorstellten, zählten

Firmen wie Faun, Geesinknorba, Gmeiner, Haller Umweltsysteme, HN Schörling, Küpper-Weisser, Palfinger, Schmidt Kommunalfahrzeuge, Schmidt Winterdienst und Kommunaltechnik, Sortimo International, Time Deutschland Versalift und Zöller. Mit von der Partie waren auch Unternehmen

wie Brock Kehrtechnik, Epoke Maschinenbau, A. Thomsen, F. X. Meiller, Gergen-Jung, Hagemann & Partner, Heimann Fahrzeugbau, Heinz Schutz Fahrzeugbau, Leistikow-UTAG, Ruthmann, Saugbagger und Schoon Fahrzeugsysteme.

Technische Innovationen

Die „sauberste Veranstaltung des Jahres“ versteht sich nach wie vor als bewährtes Forum technischer Innovationen und praxisge-rechter Fahrzeuglösungen.

Zur angesprochenen Zielgruppe gehörten Entscheider, Mitarbeiter und Fahrer aus privaten und kommunalen Unternehmen sowie Vertreter von Behörden der Bereiche Straßenbetriebsdienst und kommunaler Betriebsdienst.

Fahrsicherheitstraining

Besonderes Augenmerk wurde auch diesmal auf bedarfsge-rechte Information, Beratung und Praxisnähe gelegt, wobei wirtschaftliche und ökologische Aspekte im Vordergrund standen. Bei vier Fahrstationen auf dem Gelände des ADAC-Fahrsicherheitszentrums konnten die Besucher sowohl Entsorgungs- und Straßendienstfahrzeuge als auch Unimog, Canter und Transporter testen. Für die Profis am Steuer gab es spannende Geschicklichkeitswettbewerbe und Fahrsicherheitstrainings.

Eine begleitende Fachtagung informierte über aktuelle Themen aus dem Dialogfeld Kommunaltechnik und Nachhaltigkeit. Berater der Mercedes-Benz Bank, des Mercedes-Benz Profitraining, des Mercedes-Benz Service Nutzfahrzeuge und von Mercedes-Benz CharterWay standen den Fachbesuchern mit kompetenten Informationen rund um die vielfältigen Dienstleistungen zur Verfügung. □



Tätigkeiten bei laufendem Straßenverkehr sind umso gefährlicher, je schlechter die Witterungs- und Sichtverhältnisse werden. Daher müssen die Mitarbeiter als Teil ihrer persönlichen Schutzausrüstung hochsichtbare Warnschutzkleidung tragen. Mit der Kollektion Hi-7 bietet der Ettlinger Textildienstleister Bardusch für riskante Außenarbeiten die optimale Bekleidung nach Warnschutznorm EN 471.

Weitere Informationen im Internet: www.bardusch.de □



Mercedes-Benz zeigte auf der Kommunal Live 2011 innovative Lösungen für den kommunalen Einsatz. Im Vordergrund ein Actros 3344 mit Winterdienst-Ausrüstung von Schmidt Winterdienst und Kommunaltechnik. □

Damit Sie auch bei den Kosten gut abschneiden.

Der Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit dem Unimog U 20 mähen Sie Böschungen, Randstreifen oder Grünland und Brachflächen. Mit seinem Wendekreis von nur 12,60 m und einem Gesamtgewicht von 7,5 bzw. 9,3 t ist er wie gemacht für kommunale Einsätze, ob Bauhof oder Garten- und Landschaftsbau. Mehr Informationen bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog

Besuchen Sie uns auf der demopark in Eisenach von 26. - 28.6.2011, Stand Nr. B-245. Wir freuen uns auf Sie!



Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Eine Marke der Daimler AG

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29 - 33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

30 Jahre Kalinke Areal- und Agrar-Pflegemaschinen Vertriebs GmbH:

Der Spezialist für Grünflächentechnik

Die GZ im Gespräch mit Geschäftsführer Harald Kalinke

Rasenregenerations- und Arealpflegemaschinen sind ihre Spezialität – und das seit über 30 Jahren. Die Firma Kalinke Maschinen mit Hauptsitz im oberbayerischen Berg-Höhenrain bietet ein hochwertiges Maschinen-Programm an, das, so Geschäftsführer Harald Kalinke im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung, seit der Firmengründung „konsequent weiterentwickelt“ wird. Es umfasst bewährte Marken wie Holder, Aebi und Verti-Drain.

Angefangen hat alles mit der Olympiade 1972 bzw. der Fußball-WM 1974 in München, wie Harald Kalinke berichtet. Nach diesen sportlichen Großereignissen wollte die Landeshauptstadt die damals teuer errichteten Sportanlagen und ihre umgebenden Parks, in der Fachsprache Begleitgrün genannt, auf hohem Niveau erhalten. Doch waren die notwendigen Spezialmaschinen noch nicht verfügbar. Das Thema Erhaltungspflege wurde damals gerade erst aktuell. Als ausgebildeter Gärtner mit technischen Grundkenntnissen verfügte Harald Kalinkes Vater, Eberhard Kalinke, freilich über alle Kenntnisse, um vorhandene Maschinen aus dem Agrar-Grünlandbereich für die intensive wie extensive Rasenpflege weiter zu entwickeln. Um seine Ideen besser verwirklichen zu können, gründete er 1980 die Firma Kalinke Maschinen.

Erfolgsrezept

Als unabhängige Vertriebs- und Großhandelsfirma hat sich Kalinke Maschinen auf Maschinensysteme spezialisiert, die sich hervorragend für Ganzjahreseinsätze bei der Grünflächenbearbeitung, der Sportplatzpflege und dem kommunalen Arealpflegeeinsatz eignen. Nur die besten am Weltmarkt ausgesuchten Profimaschinen werden in das Verkaufsprogramm aufgenommen. Spezialmaschinen eigener Fertigung ergänzen das Programm.

Gerade diese Spezialanfertigungen sind die Stärke des Familienunternehmens, wie Harald Kalinke betont: „Bestehende Geräte werden den individuellen Verhältnissen und Kundenbedürfnissen technisch angepasst. So entstehen marktgerechte Spezialmaschinen, die genau auf den Nutzen des Fachmanns zugeschnitten sind.“ Produziert werden diese hochwertigen Maschinen in Deutschland.

Exzellente Verbindung

Dass dabei auch die klimatischen Bedingungen, die selbst innerhalb Deutschlands variieren, zu berücksichtigen sind, versteht sich für Kalinke von selbst. „Ein Deich ist eben anders zu handhaben als eine Almwiese“, so der Firmenchef. Der Bodenaufbau benötigt spezielle technische Eigenschaften, um optimal gepflegt zu werden. In diesem Zusammenhang bezeichnet Harald Kalinke es als „Glücksfall“, dass sein Vater aufgrund seiner Ausbildung stets „das Gärtnersche mit der Technik verbinden“ konnte. „Dies ist unser Erfolgsrezept und unsere große Stärke.“ Gerade wenn es um den Naturschutz geht, sei die Sensibilität in der Bevölkerung erheblich gestiegen.

Die Vertriebsmannschaft der Firma Kalinke Maschinen besteht aus Verkaufsdienstleistungen und fünf Außendienstmitarbeitern. Um den Export kümmert sich der Chef persönlich. Wie der Diplom-Kaufmann erläutert, „ist die Aufgabe unseres Außendienstes die genaue Analyse von Kundenbedürfnissen und die ausführliche Beratung. Dazu gehört auch die individuelle Vorführung von Maschinen auf den hierfür vorgesehenen Einsatzflächen.“

Damit Maschinen von Kalinke immer einsatzbereit sind, arbeitet der unabhängige Spezialanbieter deutschlandweit mit Servicepartnern und leistet sich ein fachkundig sortiertes Ersatzteillager sowie eine erstklassige Werkstatt, die im übrigen derzeit nach einem motivierten Auszubildenden Ausschau hält. Gemeinden, aber auch große Metropolen zählen ebenso

hier einen deutlichen Vorteil dar.

Marktführer

Stichwort Regenerationsgeräte: Kalinke zufolge „verfügt nahezu jedes Bundesligastadion in Deutschland, über derartige Produkte aus unserem Hause“. Der Kundenstamm sei übersichtlich, es gebe wenig Streuverluste. „Wir sind hier absoluter Marktführer in Deutschland“, stellt der Geschäftsführer fest und bekennt: „Dieses Segment ist ein absolutes Steckenpferd von mir, weil ich als leidenschaftlicher Fußballer viel Herzblut investiere.“



Nur gemeinsam ist man stark. Geschäftsführer Harald Kalinke (6. v. r.) inmitten seines kompetenten Teams. Rechts daneben Firmengründer Eberhard Kalinke. Bild: Firma Kalinke

zum Kreis der Kunden wie der Kreisligist oder der Champions League Gewinner. „Und darauf sind wir stolz“, so Harald Kalinke.

Säulen der Produktpalette sind nach seiner Darstellung Bergspezialtraktoren von Aebi, diverse Anbaugeräte (Mäh-Saug-Kombinationen) sowie Regenerationsgeräte für große Sportanlagen und Golfplätze. Die Bergspezialtraktoren der schweizerischen Firma Aebi werden eingesetzt zur Bearbeitung von Grünflächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden. Grünflächen im Hangbereich, Schilfflächen, Blumenwiesen oder Biotop können mit dem Aebi Geräteträger Terratrac bei jedem Wetter und unabhängig von problematischen Bodenverhältnissen bearbeitet werden. Die Fahrzeuge verfügen über eine extreme Geländegängigkeit. Zudem ist der Terratrac unvergleichlich sanft zum Boden, wofür nicht nur spezielle Niederdruck-Reifen, sondern auch eine ausgewogene Gewichtsverteilung, die prinzipiell leichte Bauweise sowie die elektronisch unterstützte Geräterentlastung sorgen.

Individuelle Fertigung

Der Aebi Terratrac bzw. ein Holder-Kommunalfahrzeug in Verbindung mit den Kalinke Maschinen Anbaugeräten ist die perfekte Harmonie von Wirtschaftlichkeit, Vielseitigkeit und technischer Präzision, so die Erfahrung des innovativen Fachbetriebs. „Wir legen Wert auf absolute individuelle Fertigung und wir entwickeln die Geräte“, macht Harald Kalinke deutlich. Man arbeite in diesem Bereich mit zwei Unternehmen, unter anderem der niederbayerischen Firma Loipfinger, äußerst effizient zusammen. Loipfinger produziere speziell für Kalinke Maschinen Mähwerke. Die regionale Ausrichtung, sprich kurze Dienstwege, stelle

auch die demopark+demogolf 2011 vom 26. bis 28. Juni in Eisenach. Mit fast 400 Ausstellern ist die Messe mittlerweile zu Europas größter Freilandausstellung für den professionellen Maschineneinsatz in der Grünflächenpflege, im Garten- und Landschaftsbau sowie bei Kommunen avanciert. Die Firma Kalinke Maschinen ist mit einer Standfläche von 1200 Quadratmeter vertreten. Der Ausstellungsschwerpunkt liegt auf dem Anbaugeräte-Segment.

Verti Drain Mustang II

Als Highlight wird Kalinke Maschinen unter anderem das Tiefenlockerungsgerät Verti Drain Mustang II für Stadien und Golfplätze präsentieren. Damit können in Zukunft auch Rasenflächen, die keinen normgerechten Bodenaufbau vorweisen, problemlos bearbeitet werden. Die hydraulische Tiefeneinstellung der Arbeitswerkzeuge gewährleistet, dass die Arbeitstiefe jederzeit an-

gepasst werden kann. Neu sind die Arbeitswerkzeuge bis 24 mm bei einer Arbeitsbreite von 208 cm und einer maximalen Arbeitstiefe von 225 mm. Das Modell Mustang II ist stärker und schwerer gebaut als die anderen Modelle dieser Serie. Es arbeitet schneller als das Vorgängermodell und weist eine höhere Flächenleistung aus.

Multitalent RotaDairon

Ein wahres Multitalent ist der neue RotaDairon Vertikalschneider ED130 TS. Das Gerät erlaubt Vertikutieren oder Schlitzten und Aufnehmen in einem Arbeitsgang und wartet mit einem patentierten Messerwechselsystem auf. Dank eines magnetischen Mechanismus können die Messer ohne weiteres Werkzeug ausgetauscht werden. Der Messertrieb kann zur Schlitzzerfizierung ausgeschaltet werden. Der Aufnahmebehälter mit einem Fassungsvermögen von 180 Litern verfügt über eine automatische Kehreinrichtung und eine hydraulische Auskipvorrichtung. Das Gerät eignet sich zum Einsatz auf Golfgrünen, Greens und Sportrasenflächen.

Erstmals bundesweit vorgestellt wird in Eisenach der Terratrac Aebi TT275, „eine große Neuheit“, wie Harald Kalinke verspricht. Es handelt sich dabei um den ersten Terratrac mit ECO-Drive. Kalinke zufolge wurde hier erstmals eine Verbrauchsanzeige in einen Traktor integriert. Der hydrostatische Fahrtrieb ist elektronisch geregelt und hat ein nachgeschaltetes 2-Gang Getriebe. Vier Fahrprogramme sind wählbar: Strassenfahrt ECO-Drive / Mähen / Schneefräsen / Proportional. Automatisch passt die Elektronik die Fahrgeschwindigkeit dem Leistungsbedarf an. Experten gehen von einem um 20 bis 30 Prozent verminderten Benzinverbrauch aus. **DK**

Kleine Landesgartenschau in Kitzingen:

Gartenstadt am Fluss

Im unterfränkischen Kitzingen hat die kleine bayerische Landesgartenschau ihre Tore für die Besucher geöffnet. Mehr als 500 geladene Gäste feierten gemeinsam mit dem Bayerischen Umweltminister Dr. Markus Söder eine gelungene Eröffnungsfeier in regional-typischer Umrahmung.

„Gartenstadt am Fluss“ ist das Thema der Blumenschau, die bis 21. August geöffnet sein wird. Mit der Bewerbung im Jahr 1999 hat sich Kitzingen für die Gartenschau entschieden und mit dem Zuschlag 2003 wurden die Pläne, was in der „Gartenstadt am Fluss“ dauerhaft gebaut werden soll, konkret.

Nach Angaben der Veranstalter belaufen sich die gesamten Baukosten für die Gartenschau auf 4,7 Millionen Euro. Das Bayerische Umweltministerium fördert mit 1,6 Millionen Euro und ist auf dem Gelände mit der Bayern Arche vertreten, einem Pavillon, in dem die Vielfalt der heimischen Naturschätze vorgestellt und ins Gedächtnis gerufen werden. Die EU unterstützt mit 500.000 Euro, 220.000 Euro gibt das Amt für ländliche Entwicklung.

Inszenierung

Entstanden ist ein Park, der die Besonderheiten Kitzingens, die unmittelbare Nähe zum Main und die gärtnerische Tradition als abwechslungsreiche Spiel- und Freizeitlandschaft für Groß und Klein inszeniert. Ein ca. neun Hektar großes Areal direkt am Main, eingegrenzt von der Alten und Neuen Mainbrücke, ist das zentrale Gelände der Natur in Kitzingen 2011. Es soll dauerhaft für die Kitzinger Bevölkerung und die Gäste bestehen bleiben.

Durch die Alte Mainbrücke hindurch gelangt der Besucher zur großzügig angelegten Mainpromenade. Ein großes Holzdeck überwachsen von alten Weiden, lässt dem Besucher freien Blick auf die Stadtsilhouette. Weiter südlich erstreckt sich der sogenannte Winterhafendamm, der behutsam umgestaltet und für die Besucher mit seiner Natürlichkeit erlebbar wird.

Sieben Gartenfelder

Der traditionsreichen Gartenkultur tragen sieben Gartenfelder Rechnung. Sie wurden so angelegt, dass die Feldstrukturen und damit der gärtnerische Charakter erhalten bleiben. Das „Feld der Aromen“ lockt mit Düften und Gerüchen nach Holz und Wald, das „Feld für Hans Klug“ zeigt Gartenleben für Jung und Alt, im „Feld der Literaten“ zeigen die Bayerischen Baumschulen was sie mit Literatur verbinden, im „Feld der Ferne“ machen die Gartendetails neugierig, das „Feld der Wildnis“ lädt mit Natur zum Anfassen ein. Im „Feld der Rekorde“ können Pflanzen zeigen was in ihnen steckt. Im Weingarten kann der Besucher alles von der Weintraube bis zur Weinflasche lernen. Und im „Feld der Verführung“ darf sich der Besucher überraschen lassen.

Mondseeinsel

Die Nähe zum Wasser wird mit Stegen, die den Main dauerhaft erlebbar machen zum Anziehungspunkt der Gartenschau. Ein besonderes Highlight ist die Mondseeinsel, die für die Zeit der Gartenschau mit einer temporären Brücke erschlossen wird. Auf der Insel selbst können die Besucher auf dem Holzdeck flanieren, zuerst müssen sie sich allerdings den Weg durch ein Stauden-Gräser-Labyrinth erschließen. Kostenlos ist für Gartenschaubesucher das Freibad auf der Mondseeinsel.

Die Gartenschau in Kitzingen will den Besuchern aber nicht nur beispielhafte Gartenfelder zeigen. Die gesamte Stadt soll in die Gartenschau einbezogen werden. Historische Gebäude und verschiedene Ausstellungen werden den

Besuch der Altstadt zu einem kurzweiligen Erlebnis machen.

Wie Christina Zauner, Geschäftsführerin der Gartenschau, betont, „haben wir hier zwei Alleinstellungsmerkmale“ - „den Main und den Gemüseanbau, der in Kitzingen eine lange Tradition hat“. Am Main führe das Gelände entlang, der Gemüseanbau stelle einen wichtigen Aspekt für die Gestaltung dar. Die Initiative „Wir für Vielfalt“ wolle in Kitzingen mit witzig gestalteten Beeten die Lust auf Gemüse wieder beleben und gleichzeitig das Augenmerk auf die Vielzahl von Sorten lenken, die fast in Vergessenheit geraten sind.

Roland Albert, Präsident der bayerischen Gartenschauen erklärte, Kitzingen habe auf einem idealen Gelände das Sahnstückchen der Stadt mit einer Auswirkung weit in die Zukunft hinein aufpoliert. Auch Kitzingens Oberbürgermeister Siegfried Müller zeigte sich sehr zufrieden über die Neugestaltung des Mainufers. **DO.**

BAYERISCHE Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Spitzengespräch im Landratsamt Miltenberg:

Schulterschluss für sichere Hausarztversorgung

„Ein gemeinsamer Schulterschluss von Kommunalpolitikern, Krankenkassen und Ärzten soll mithelfen, dass auch künftig im Landkreis Miltenberg eine ausreichende Hausarztversorgung sichergestellt ist. Dazu wird am 28. September eine Bürgermeisterdienstbesprechung stattfinden.“ Dies ist das Ergebnis eines Spitzengesprächs, das auf Einladung von Landrat Roland Schwing im Landratsamt Miltenberg stattgefunden hat.

Teilnehmer waren Vertreter des Ärztenetzes Untermain e.V. (Dr. Andreas Morgenroth und Dr. Reinfried Galmbacher), des Ärztlichen Kreisverbandes Aschaffenburg-Untermain (Dr. Hubert Prentner und Dr. Wolfgang Schuck), der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern – Bezirksstelle Unterfranken – (Dr. Christian Pfeiffer und Michael Heiligenthal), der AOK Bayern (Dietmar Griesbeck und Stefan Henning) sowie der Betriebskrankenkasse BKK Akzo Nobel – Bayern (Heinz Michelbrink und Ansgar Kruppa). Außerdem war auch die Kliniken Miltenberg-Erlenbach GmbH mit Guido Paterna und Dr. Siegfried Beller anwesend.

Erste Auswirkungen

Landrat Roland Schwing wies eingangs daraufhin, dass die ersten Auswirkungen des drohenden Ärztemangels auch im Landkreis Miltenberg bereits zu spüren

seien. Seit fast einem Jahrzehnt sei es in einer Odenwaldgemeinde nicht gelungen, einen Praxisschwerpunkt für Kinder- und Jugendpsychiatrie unbesetzt. Damit der Landkreis Miltenberg mit seinen 32 Kommunen auch künftig lebenswert bleibe, müsse eine gute „soziale Infrastruktur“ vorhanden sein, zu der eine leistungsfähige und sichere Hausarztversorgung gehöre.

Bedarf sicherstellen

Die Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung berichteten über den Stand der derzeitigen Hausarztversorgung und gaben einen Ausblick über die künftige Entwicklung.

Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts würden in den deutschen Krankenhäusern wieder vermehrt Ärzte gesucht. Da zahlreiche Studienabgänger ins Ausland abwanderten und die Femi-

nisierung des Ärztenachwuchses stetig zunahm (60 bis 70 Prozent der Medizinstudenten sind inzwischen Frauen!), werde es immer schwieriger, den ärztlichen Bedarf in den Krankenhäusern sicherzustellen. Entsprechend würden dort immer mehr Ärztinnen und Ärzte mit Migrationshintergrund eingestellt.

Demographischer Wandel

Diese Entwicklung wirke sich auch auf den niedergelassenen Bereich aus. So werde es auch hier immer schwieriger, ausreichend Nachfolger für Hausarztpraxen auf dem Lande zu finden. Diese Entwicklung sei auch im Landkreis Miltenberg angekommen. Der demographische Wandel mit der alternden Gesellschaft sowie die Veränderungen beim bzw. innerhalb des ärztlichen Nachwuchses stellten große Herausforderungen dar. Derzeit betrage das Durchschnittsalter der hausärztlichen Praxisinhaber in Bayern und im Landkreis Miltenberg rund 52 Jahre – bei Fachärzten sind es einige Jahre weniger. Im Landkreis Miltenberg seien bereits fast 26 % der Hausärzte älter als 60 Jahre. Auch wenn derzeit noch eine ausreichende Hausarztversorgung im Landkreis bestehe, werde es in einigen Jahren einen Mangel an Hausärzten geben.

Die Gesprächsteilnehmer begrüßten die Initiative von Landrat Roland Schwing für das Zusammentreffen. Obwohl die wichtigsten Rahmenbedingungen in der medizinischen Versorgung vom Bundes- und Landesgesetzgeber gestaltet würden, könne auch die Kommunalpolitik vor Ort wichtige Impulse geben und Weichenstellungen vornehmen. □

Ostbayern und Westböhmen:

„Industrielles Herz“ an der Schnittstelle Europas

Studie belegt: Mit mehr als 200.000 Jobs in der Industrie bildet die ostbayerisch-westböhmer Grenzregion einen starken Standort

Regensburg/Pilsen (ce-press) Zusammen genommen ist die Wirtschaftsleistung der beiden IHK-Bezirke Oberpfalz/Kelheim und Pilsen nach den derzeit vorliegenden Zahlen größer als die Sloweniens oder Luxemburgs. Gemeinsam hat der Standort fast halb so viele Einwohner wie Dänemark oder Irland. Und flächenmäßig gesehen ist der grenzüberschreitende Wirtschaftsraum beinahe halb so groß wie die Schweiz: Im Konzern der europäischen Standorte haben Ostbayern und Westböhmen mit einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 40 Milliarden Euro, rund 1,8 Millionen Einwohnern, einer Fläche von rund 18.000 Quadratkilometern und knapp einer Million Arbeitsplätzen eine starke Stimme.

Wachstumsmotor

Eine Studie der Industrie- und Handelskammer Regensburg und der Bezirkswirtschaftskammer Pilsen belegt: Die Industrie bleibt sowohl in Ostbayern als auch in Westböhmen ein wichtiger Wachstumsmotor. Sie stellt diesseits und jenseits der Grenze rund ein Viertel der gesamten Arbeitsplätze. Im Pilsener Bezirk arbeiten rund 80.000 Menschen in Industriebetrieben, im ostbayerischen IHK-Bezirk Oberpfalz/Kelheim sind es rund 130.000.

Sowohl in Ostbayern als auch in Westböhmen ist laut Industriestandortkarte die Auto- und Automobilzulieferindustrie mit rund 9,1 Milliarden Euro Jahresumsatz in Oberpfalz/Kelheim und rund 610 Millionen Euro im Pilsener Bezirk die größte Branche. Lebendiges Beispiel dafür, wie der grenzüberschreitende, gemeinsame Wirtschaftsraum in diesem Sektor schon heute funktioniert, ist die Grammer AG mit Stammsitz im Oberpfälzischen Amberg und drei Produktionsstandorten in Tschechien. „Von der Grenzöffnung nach Osteuropa und insbe-

sondere nach Tschechien sowie den damit verbundenen unternehmerischen Möglichkeiten profitieren unser Stammsitz in Ostbayern und der gesamte Konzern“, sagt Ralf Hoppe, Pressesprecher des Unternehmens mit weltweit rund 8.000 Mitarbeitern. Grammer hat sich auf die innovative Entwicklung und Herstellung von Fahrer- und Passagiersitzen sowie von Komponenten und Systemen für die Pkw-Innenausstattung spezialisiert.

An der Zahl der Betriebe gemessen sind im gemeinsamen Wirtschaftsraum der Maschinenbau, das Ernährungsgewerbe sowie die Herstellung von Metallzeugnissen die größten Industriesparten, die nach einer gemeinsamen europäischen Kategorisierung abgebildet werden.

Regionen weiterentwickeln

Das industrielle Fundament auf beiden Seiten der Grenze wollen die IHK Regensburg und die Bezirkswirtschaftskammer Pilsen weiter verstärken. „In einem gemeinsamen Europa haben wir die Chance, unsere Regionen weiterzuentwickeln und industriellen Herz an der Schnittstelle des alten und des neuen Europas und als Drehscheibe zwischen West und Ost“, sagen Peter Esser, der Präsident der IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim und Zdenek Muzik, Vorstandsvorsitzender der Bezirkswirtschaftskammer Pilsen.

„Wir sind Europa!“

Im Projekt „Wir sind Europa!“ konkretisieren beide Kammern seit 2009 die Vision eines grenzüberschreitenden Wirtschaftsraums. Die Initiative arbeitet die Potenziale beider Regionen selbstbewusst heraus. In enger Zusammenarbeit der beiden Wirtschaftskammern entstand erstmals ein Porträt des grenzüberschreitenden Industriestandorts. Beide Tei-

Neue Bürgermeister

Drei Monate nach dem Tod des bisherigen Bürgermeisters, Arnold Markert, ist in Sommerkahl/Landkreis Aschaffenburg der CSU-Politiker Albin Schäfer zum Nachfolger gewählt worden. Der 48-jährige Kundendienstleiter einer Haustechnikfirma war der einzige Kandidat. Er erhielt 94,8 Prozent der abgegebenen Stimmen des Ortes mit 1.200 Einwohnern.

Die Stichwahl um das Bürgermeisteramt in der Gemeinde Burgoberbach im Landkreis Ansbach hat der parteilose Kandidat Alfons Schock gewonnen. Er setzte sich mit 67,8 Prozent der Stimmen gegen seinen Konkurrenten von der Bürgerliste, Johann Rammeler, durch, für den sich 32,2 Prozent aussprachen. **DK**

le des gemeinsamen Wirtschaftsraums verbindet heute vor allem die langjährige Industrietradition mit einigen großen und zahlreichen mittelständischen Unternehmen. Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ investierten viele deutsche und insbesondere auch ostbayerische Firmen in Westböhmen – bester Beleg dafür, dass die Unternehmen in der Region längst „grenzenlos“ denken und das Verbindende in den Vordergrund stellen.

Weil Bayern und Böhmen enger zusammenwachsen, steht an Ostbayerns Schulen Tschechisch immer häufiger auf dem Stundenplan. Seit Mai können Tschechisch-Schüler in der Oberpfalz sogar ein Zertifikat der Karlsuniversität in Prag erhalten. □

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„EHEC, Schweinegrippe, Vogelgrippe – die Natur hält uns bei allem Glauben an die Allmacht der medizinischen Kunst doch immer wieder auf Trab. Hoffen wir, dass die Ärzte und Forscher das bisherige Tempo durchhalten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verfolgt aufmerksam die Berichte über die Ausbreitung von EHEC von Nord nach Süd. Die Einschläge kommen immer näher.



den Behörden vielleicht ein bisschen zu früh publiziert wurde. Aber als Verbraucherin sage ich klipp und klar, dass mir eine voreilige Warnung lieber ist als zuwarten. Denn natürlich blutet mir wie jedem das Herz, wenn ich sehe, wie tolle knackige Salate auf den Feldern untergepflügt werden oder wie appetitliche Gurken auf den Komposthaufen wandern. Aber all das, einschließlich der wirtschaftlichen Schäden oder Imageverluste, kann man mit materiellen Gütern kompensieren – ein Menschenleben nicht.

Als Laie ist man ja eigentlich nur erstaunt darüber, wie schnell es doch gehen kann, dass wir wieder aufgeschreckt werden durch Krankheiten, die sich erst in Beschwerden äußern, die wir im Grunde nicht mehr übermäßig ernst nehmen. Fieber? Lästig, nach ein paar Tagen Bettruhe vorbei. Durchfall? Hausmittel helfen. Magenkrämpfe? Da gibt's schon ein Safterl dagegen. Wir haben uns angewöhnt, sie mit dem zivilisatorischen Dreisatz „Arzt aufsuchen – in die Apotheke gehen – Medikament einnehmen“ prima in den Griff zu bekommen.

EHEC und kein Ende

Deswegen ist es wohl weniger die Tatsache, dass eine neue Form der Krankheit unser Begleiter wurde noch die bedauerliche Zahl der Todesopfer, die uns so schockiert und beunruhigt. Es ist das unbestimmte, unartikulierte Unbehagen darüber, dass die Natur eigentlich besiegt geglaubte Plagen gleichsam neu aufrüstet, um uns mit Leid und Tod zu quälen. Es ist, als habe das Schicksal die Vereinbarung aufgekündigt, nach der die Menschheit alle Krankheiten kennt und über kurz oder lang zurückdrängen, niederringen und besiegen wird.

Andere Gewissheiten gehen ja auch den Bach runter. Der Hausarzt vom Chef hat mit Blick auf dessen Bauchansatz seit Jahren als Mantra die Empfehlung zu Verzehr von Salat und rohem Gemüse im Mund geführt. Und jetzt soll das panierte Schnittzel zwar ungesund, die Salatgurke aber unmittelbar lebensbedrohend sein? OK, das kam jetzt aus der polemischen Ecke und ja, ich weiß, dass die ein oder andere Warnung von

Mein Chef, der Bürgermeister, erinnert sich bei alledem auch an ein trauriges Jubiläum, das in der Aktualität dieser Tage etwas in den Hintergrund getreten ist. Im Juni 1981, also vor 30 Jahren, wurde zum ersten Mal über eine Krankheit berichtet, die wir heute als AIDS kennen. Seither wurde viel geforscht, viel ausprobiert, aber es wird leider auch immer noch viel gelitten. Man kann die Ausbreitung der Krankheit eindämmen, man kann die Symptome lindern, man kann das Leben der Patienten verlängern und erträglicher machen. Heilung oder gar einen Impfstoff gibt es nicht. Wird der Mensch je alles durchdringen? Jedenfalls spricht auf dem heutigen Kalenderblatt eine Stimme aus vorrationalistischer Zeit, der französische Philosoph Michel de Montaigne: „Weiß man denn, was einen gesund gemacht hat? Die Heilkunst, das Schicksal, der Zufall oder Omas Gebet?“

the sabriul

15. Internationale GeoTop Tagung erstmals in Nördlingen:

Der Geopark Ries als Gastgeber

Schon öfter gab es in Nördlingen Fachtagungen, Exkursionen und Veranstaltungen zur Geologie, vornehmlich natürlich zur Impaktforschung. Erstmals wurde jetzt die Internationale Jahrestagung der Fachsektion GeoTop in der Deutschen Geologischen Gesellschaft im Ries veranstaltet.

Der Nationale Geopark Ries hatte als Gastgeber ein interessantes Programm mit Vorträgen, Workshops und Exkursionen zusammengestellt. Dementsprechend meldeten sich über 90 Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands und teilweise auch aus dem Ausland für die Tagung im Stadtsaal Klösterle in Nördlingen an. Auch die Verantwortlichen von 11 der derzeit 16 Nationalen Geoparks waren präsent.

Hochkarätige Veranstaltung

Eröffnet wurde die 15. Internationale GeoTop Tagung im Großen Stadtsaal Klösterle in Nördlingen von Landrat Stefan Röble, Ministerialdirektor Wolfgang Lazik, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit und dem Vorsitzender der Fachsektion GeoTop in der Deutschen Geologischen Gesellschaft, Dr. Kurth Goth aus Dresden.

Landrat Röble freute sich zu Beginn der Tagung sehr, dass es dem Geopark Ries gelungen sei, eine renommierte, hochkarätig besetzte Veranstaltung nach Nördlingen zu bringen. „Ich bin überzeugt, dass die Tagungsteilnehmer von Nördlingen und dem Ries begeistert sein werden.“ Dies umso mehr, als sich das Organisationsteam um Geschäftsführer Günther Zwergler und seine Stellvertreterin Heike Burkhardt begeistert ins Zeug gelegt hatten, um die Tagung nicht

nur fachlich, sondern auch mit Herz und Atmosphäre zu gestalten.

Fachbeiträge

Insgesamt bestritten 26 Referenten inhaltlich die Tagung mit ihren Fachbeiträgen. Das Thema Geotourismus bildete den Leitfadener durch Veranstaltungstag 1. Namhafte Referenten wie Prof. Dr. Harald Pechlaner (Katholische Universität Eichstätt) und Prof. Bernd Cyffka (Leiter des Aueninstituts Neuburg a. d. Donau und Professor für angewandte Physische Geografie, Eichstätt) referierten zu Status und Trends im Geotourismus.

Gernot Reitmaier, Geschäftsführer der JUFA Gästehäuser Deutschland machte am Beispiel JUFA Nördlingen deutlich, wie sich touristische Akteure auf das Thema Geotourismus einstellen und welche Bedeutung für die Umweltbildung damit verbunden ist.

Workshops

Am Nachmittag wurden diese Aspekte in Workshops unter der Leitung von Dr. Andreas Megerle, Andreas Damson und Christine Gawlik diskutiert und bearbeitet. Abgerundet wurde der erste Tag mit der Mitgliederversammlung der Fachsektion GeoTop in der Deutschen Geologischen Gesellschaft und einer Führung durch das Rieskratermuseum, geleitet von Dipl.Geologin Gisela Pösges.

Am 2. Vortragstag wurde über Zielkonflikte und Lösungsmöglichkeiten bei der Geotopentwicklung diskutiert. Im Kern ging es darum, wie Geotope als Schaufenster in die Erdgeschichte für interessierte Besucher erlebbar gemacht und gleichzeitig Belange des Natur- und Artenschutzes berücksichtigt werden können.

In dem Zusammenhang wurden Fachreferate wie „Umweltethische Argumente für den Schutz der unbelebten Natur“ von Dr. Joachim Rathmann vom Institut für Geographie, Uni Augsburg, „Geotoperfassung – die Grundlage für jeden Geopark“ von Marion Kaps, Dozentin FH Nordhausen oder „Enduro-Park Heidenheim – ein gelungenes Projekt im Spannungsfeld Naturschutz und touristische Nutzung“ von Dieter Popp, Regionalmanager Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen geboten.

Exkursionen

International wurde die Tagung nicht nur durch Teilnehmer aus einigen europäischen Ländern, sondern auch durch zwei Referenten aus Albanien.

Großen Zuspruch fanden die am letzten Veranstaltungstag angebotenen Exkursionen. Eine große Gruppe schloss sich der ganztägigen Fachexkursion im Geopark Ries unter der Leitung von Gisela Pösges an. Jeweils halbtags gab es Exkursionen zu Geotopbeispielen durch die Geoparkführer Kathrin Schön und Kurt Kröpelin sowie eine Geotourismus-Exkursion mit Johanna Genck-Bosch und Geopark Geschäftsführer Günther Zwergler. □

60 Jahre Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben:

Wichtiger Partner der Kommunen

Seit 60 Jahren ist das Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben in Krumbach für die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum zuständig. Im Rahmen eines „Tages der offenen Tür“ wurde jetzt an die Gründung im Jahre 1951 erinnert. „Wir haben bewusst auf einen offiziellen Festakt verzichtet. Uns war es wichtiger, uns der Öffentlichkeit als moderner Dienstleister zu präsentieren. Und dies ist uns gelungen“, resümiert Johann Huber, Präsident des Amtes in Krumbach.

Früher Flurbereinigungsamt, dann Flurbereinigungsdirektion, zuletzt Direktion für Ländliche Entwicklung und heute Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben. Nicht nur im Namen hat das Amt mit Standort in Krumbach einen Wandel vollzogen. Huber: „Unser Aufgabenfeld war in den 50er und 60er Jahren agrarstrukturrell ausgerichtet. Die Flurbereinigung diente vorwiegend der Sicherung der Ernährung. Dies hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verändert. Heute bieten unsere Instrumente wie Flurneuordnung, Dorferneuerung oder integrierte ländliche Entwicklung Hilfestellung bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen im ländlichen Raum. Sie haben eine agrarstrukturelle, ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Ausrichtung“.

Verfahren und Vorhaben

Das Amt betreut von Krumbach aus im gesamten Regierungsbezirk Schwaben derzeit 159 Teilnehmergemeinschaften. Aktuell laufen rund 270 Verfahren und Vorhaben verschiedenster Art. Diese teilen sich in 13 kombinierte Verfahren (Dorferneuerung und Flurneuordnung), 77 Verfahren zur Flurneuordnung, 69 Dorferneuerungsprojekte, 29 einfache Dorferneuerungen, 64 Maßnahmen zum Freiwilligen Landtausch und 18 Projekte im Wegebau bzw.

Alpwege. In den vergangenen zehn Jahren wurden in die Flurneuordnung 172 Millionen Euro und in die Dorferneuerung 50 Millionen Euro investiert. Davon standen 84 Millionen Euro an Zuschüssen für die Flurneuordnung und 34 Millionen Euro an Zuschüssen für die Dorferneuerung bereit. „27 Millionen Euro steuerte hiervon die Europäische Union, 63 Millionen der Bund und 28 Millionen Euro der Freistaat bei“, stellte Huber fest

Arbeit findet Anerkennung

Rund 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden waren zum Auftakt des „Tages der offenen Tür“ nach Krumbach gekommen. Darunter waren auch die Landtagsabgeordneten und ehemaligen Staatsminister Josef Miller und Alfred Sauter. Rund 1500 Besucher nahmen im Laufe des Tages das Angebot wahr, sich Einblicke in die Arbeit des Amtes zu verschaffen und mit den Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen. „Ich war sehr erfreut über das große Interesse der Bevölkerung und über die intensiven Gespräche mit meinen Mitarbeitern. Es zeigt, dass unsere Arbeit Anerkennung und Beachtung findet“, sagte der Präsident rückblickend.

Das Dienstleistungsangebot des Amtes für Ländliche Entwicklung Schwaben reicht von der integrier-



Johann Huber, Präsident des Amtes für Ländliche Entwicklung Schwaben (2. v. l.) empfängt zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Unser Bild zeigt (v. l.) den ehemaligen Landtagsabgeordneten Prof. Dr.-Ing. e.h. Karl Kling, die Landtagsabgeordneten und ehemaligen Staatsminister Josef Miller und Alfred Sauter, Krumbachs Bürgermeister Hubert Fischer und den Personalratsvorsitzenden Karl-Heinz Schöfer.

ten ländlichen Entwicklung, vom Wegebau zur Erschließung von Einzelhöfen und Alpen, von der Dorferneuerung bis zur Flurneuordnung und zur Erhaltung ländlich-dörflicher Bausubstanz.

Moderner Dienstleister

„Wir halten an Bewährtem fest, initiieren sinnvolle Entwicklungen und ebnen den Weg für Veränderungen. Wir sehen uns als engagierten und modernen Dienstleister für den ländlichen Raum. Unser Ansatz ist individuell, der Nutzen umfassend und nachhaltig“, sagte Huber. Aufbauend auf der Kernkompetenz der Bodenordnung wird die Behörde zukünftig in ihrer Arbeit noch stärker auf die tiefgreifenden Veränderungen und Herausforderungen der ländlichen Räume, wie zum Beispiel der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der zunehmende Bevölkerungsrückgang, die Überalterung der Gesellschaft und die teilweise Verödung der Dörfer wegen leerstehender Gebäude eingehen.

Rund 60 Prozent der Menschen in Bayern leben im ländlichen Raum. „Sie allen sehnen sich nach einem intakten, überschaubaren

Lebensraum und erwarten dort ähnlich gute Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse wie in den urbanen Zentren“, sagte Huber. Seine Behörde setze hier an und leiste einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

Jugendkulturpreis 2012 des Landkreises Schweinfurt:

„Theater“ als Motto

Um die Bretter, die die Welt bedeuten, dreht sich heuer das Motto des Jugendkulturpreises des Landkreises Schweinfurt. Diese Auszeichnung vergibt der Landkreis Schweinfurt jährlich, um die Kinder- und Jugendarbeit zu fördern. Beispielhaften Aktivitäten winken die Jugendkulturtrophäe und Geldpreise zwischen 130 und 500 Euro.

Heuer nehmen an dem Wettbewerb unter dem Motto „Theater“ sechs Gruppen aus den Landkreisgemeinden teil. Die Jury besteht aus Bernd Lemmerich (ehemaliger Leiter der Theatergruppe des Celsis-Gymnasiums) sowie je einem Vertreter des Kreisjugendrings und der Kommunalen Jugendarbeit.

Die Juroren schauen sich die Aktivitäten vor Ort an, dann wird das Gesamtprojekt bewertet. Die

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen zwei Einladungen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Welterbe Regensburg:

Besucherzentrum zum Fünfjährigen

Mit einer „Langen Nacht“ hat Regensburg die Ernennung zum Welterbe vor fünf Jahren gefeiert. Mittelpunkt war die Eröffnung des mehr als zwei Millionen Euro teuren Welterbe-Besucherzentrums im historischen Salzstadel. Das Besucherzentrum bietet bei freiem Eintritt neben interaktiven Spielstationen auch Exponate zu Regensburg und seiner 2000-jährigen Geschichte.

Beleuchtet werden die fünf Bereiche „UNESCO-Welterbe“, „Vom Römerlager zur modernen Stadt“, „Stadt am Fluss“, „Leben in der Stadt“ und „Stadt der Reichstage“. Eine große, beleuchtete Weltkugel mit Displays zeigt Weltkulturerbestätten auf der ganzen Welt. Mehr über die Stadt Regensburg lässt sich in einer virtuellen Bibliothek erforschen.

„Mit diesem Besucherzentrum spielt Regensburg in der Champions League der Welterbestätten. Das Welterbezentrum ist nicht nur für unsere Gäste da, sondern vor allem für die Bürgerinnen und Bürger. Sie sind eingeladen, über das Besucherzentrum ihre Stadt

neu zu entdecken und Regensburg in einem anderen Licht zu sehen“, hob OB Hans Schaidinger hervor. Allerdings, so räumte er ein, wäre ohne die finanzielle Unterstützung des Projekts durch den Bund und die Europäische Union das Besucherzentrum nicht so schnell realisierbar gewesen.

Rund um den Salzstadel präsentierte sich in der „Langen Nacht“ das Marc-Aurel-Ufer an der berühmten Steinernen Brücke im mittelalterlichen Gewand mit historischem Handwerk und Schauspiel. Auch lockten die „Lange Nacht der Museen“ und die „Lange Einkaufsnacht“ in die Regensburger Altstadt. Tagsüber waren die Besucher fasziniert von einem großen, hellblauen Heliumballon, der über der Steinernen Brücke schwebte.

Die Stadt hat in vielen Bereichen von der Ernennung zum Welterbe profitiert. Die Zahl der Besucher von nah und fern steigt stetig. Die Unesco hatte 2006 den historischen Kern von Regensburg mit rund 1000 Einzeldenkmälern zum Welterbe ernannt. **DK**

hofen sowie die dortigen Vereine und Verbände aus Jugendarbeit und Jugendinitiativen auf, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen.

Pro Gemeinde kann nur ein Projekt eingereicht werden. Empfehlenswert sind deshalb auch Kooperationsaktionen mehrerer möglicher Teilnehmergruppen.

Die Anmeldungen müssen bis spätestens 30. November 2011 bei der Kommunalen Jugendarbeit (KoJa) eingereicht werden. **□**

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13, die am 7. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Out-Sourcing

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT

Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Berufsbekleidung

bardusch
Textil-Mietdienste

Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy
Kommunale Energieberatung Prof. Dr. Manfred Meigs Der alternative Energieberater

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 · www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skatanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

DLW
DACHLÄNDISCHE LUFTREINIGUNGSGES. mbH